

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 221 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 6/2013 · VOM 28. MAI 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Niemand  
will ihn haben**  
Finowkanal – Kleinod der Region

7 | **(Un)Machbarkeitsstudie  
zum 380-kV-Erdkabel**  
Nach zwei Jahren Warten

13 | **Günter Lindenberg,  
ein Eberswalder Lehrer**  
Ein Mann mit Charakter

## Ein Leitbild aus leeren Worthülsen?

*Stellungnahme der Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde zum Entwurf »Eberswalde 2030 – strategischen Leitlinien«*

Um den Herausforderungen der weiteren Entwicklung zu begegnen, will die Stadt Eberswalde ihre Leitlinien für die Stadtentwicklung aktualisieren. Im ersten Entwurf heißt es: *»Diese Leitlinien skizzieren den Weg, das Ziel ist Eberswalde 2030. In einem späteren Arbeitsschritt werden die Leitlinien mit konkreten Projekten untersetzt.«*

Dessen ungeachtet sind Leitlinien als relativ selbständiges Dokument nur sinnvoll, wenn sie neben der Willenserklärung auch tatsächlich die wesentlichen Richtungen und Lösungswege aufzeigen. Dies läßt der bisherige Arbeitsstand völlig vermissen. Das Material beschränkt sich auf reine Willenserklärungen, die offen lassen, wohin die Reise geht. Die bisher dargestellten Leitlinien haben daher keine Leitfunktion, sondern sind leere Worthülsen. Sie sind bestenfalls geeignet – und darauf scheint das Material abgestellt zu sein – nach außen einen guten Eindruck zu erwecken. Aber sie skizzieren nicht den Weg, wie das vage Ziel 2030 erreicht werden soll. Die Notwendigkeit, neben der Willenserklärung auch die Lösungswege zu skizzieren, wird an der aktuellen Praxis deutlich. So wurde trotz bisheriger Absichtserklärungen, die Balance zwischen dem Stadtzentrum sowie den Stadt- und Ortsteilen weiterzuentwickeln, die Zentrumsentwicklung zu Lasten der Stadtteile überbetont und Bebauungen zwischen den Stadtteilen und außerhalb bisheriger Bebauungsgebiete zugelassen. Die vorhandenen Disproportionen haben sich dadurch noch verstärkt.

Die Willenserklärungen des Leitbildes lassen wichtige Aspekte aus:

Der etablierte Name **Waldstadt Eberswalde** findet sich nicht in den Leitlinien, sollte aber unbedingt dazugehören. Interpretationen, wie Waldstadt bedeute »Stadt im Wald«, sollen wohl den rasanten Rückgang des Großgrüns in der Stadt Eberswalde rechtfertigen. Hierzu ist eine grundsätzliche Debatte erforderlich. Eberswalde soll eine grüne Stadt bleiben (bzw. wieder werden).

Das Ziel **»Nachhaltig in die Zukunft«** braucht eine konkrete Unter- setzung, was unter Nachhaltigkeit verstanden wird. Wir vertreten die Auffassung, daß Strom- und Wärmeerzeugung aus Holz nicht die Perspektive für Eberswalde sein kann. Schon jetzt fehlt Holz für die Verarbeitungsindustrie. Nicht für die stoffliche Nutzung geeignete Sortimente von Holz (Energieholz) sollten dem Einsatz für Nahwärmeerzeugungsanlagen vorbehalten bleiben. Die weitere Verdichtung der Innenstadt sehen wir im Konflikt mit dem Kleinklima in der Stadt. Sie führt zu größeren Schadgas-Emissionen in der Innenstadt infolge der Verkehrszunahme und Zuspitzung der Parkplatzprobleme. Darunter leiden die Gesundheit und die Lebensqualität. Nachhaltig sollte auch mit der Natur in und um Eberswalde umgegangen werden. Wohnstandorte am Finowkanal mögen wünschenswert sein, bringen aber einen Konflikt mit der natürlichen Umgebung des Gewässers. Der Abfluß des Wassers, auch bei Hochwasser darf nicht eingeschränkt werden. Der freie Zugang für alle zum Finowkanal darf nicht zur Disposition stehen.

Eine nachhaltige Zukunft erfordert nach unserer Auffassung eine gesamtstädtische Energie- und Klimapolitik mit größerem unmittelbarem Eigenengagement der Stadt. Dazu müssen die kommunalen Unternehmen einen größeren Beitrag leisten. Bisher fehlt das Bekenntnis der Stadt zur Wiedegründung der Stadtwerke. In die Leitlinien sollten deshalb die **Wiedegründung von Stadtwerken und der Erwerb und Betrieb der Energienetze** aufgenommen werden.

Der Umgang mit den finanziellen Ressourcen der Stadt, erfordert eine neue Betrachtungsweise im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Fördermitteln. Die derzeitige Praxis zeigt einen Einsatz städtischer Finanzen, der weniger von den echten Erfordernissen der Stadtentwicklung als vielmehr von der Möglichkeit der Gewinnung von Fördermitteln geprägt ist.

In die Leitlinien sollte das Ziel: **Eberswalde – Stadt der Bürger** aufgenommen werden. Mehr **Demokratie durch Transparenz, Bürgernähe und**



**Bürgerbeteiligung.** Für eine saubere Politik im Interesse der Bürger. Bürger entscheiden selbst über ihr Geld. Stichworte: Bürgerhaushalt, Transparenz in kommunalen Unternehmen u.a. Teil dieser Zielstellung sollte es auch sein, **keine Privatisierungen kommunaler Aufgaben** zuzulassen.

Mit der Abgabe der weiterführenden Schulen an den Landkreis, und damit verbunden auch eines Teils der Grundschulen, hat die Stadt auf einen Teil ihres Einflusses im Bildungsbereich verzichtet. In den Zielen des Leitbildes sollte festgeschrieben werden, daß die Stadt **jeglichen Tendenzen der weiteren Schulabgabe und der Schließung von Schulen in eigener Trägerschaft begegnen** wird.

In den verschiedenen Zielen werden die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Die Stadt sollte ihre **besondere Verantwortung für die sozial Schwachen der Gesellschaft** wahrnehmen. Neben »nachfrageorientiertem« Wohnangebot ist mindestens gleichrangig ein Bestand bezahlbarer Sozialwohnungen bereitzuhalten. Das betrifft sowohl die Miethöhe, wie auch die sogenannte zweite Miete – die Mietnebenkosten, vor allem die Energiekosten. Ziel muß es sein, **keine Auswirkungen von sozial Schwachen auf bestimmten Wohngebieten** zu bewirken. Auch Kultur- und Sporteinrichtungen müssen für Sozialhilfempfänger und Bezieher kleiner Einkommen bezahlbar sein.

# Der Retter der LINKEN Lesungen gegen das Vergessen

Die Popularität der Bundeskanzlerin ist un- gebrochen. In ihrem Schlepptau kann die CDU hoffen, ihr Ergebnis zur Bundestagswahl im September zumindest halten zu können. Doch der kleine Partner schwächelt. Der »Lager- wahlkampf« Schwarzgelb contra Grünrosa ist offen. Da kommt es auf die anderen kleinen Parteien an. Einmal im Parlament, können sie zum Zünglein an der Waage werden. Die Pira- ten wären koalitionsfähig. Doch scheint der eben noch unaufhaltsame Aufstieg gebrochen. Die Piraten sind vom Erfolg erdrückt und mit sich selbst beschäftigt. Die fünf Prozent wurden für sie wieder zur schwer erreichbaren Hürde. Auch die sogenannte »Anti-Euro-Partei« – man hat schon vergessen, wie die heißt –, die ohnehin eher auf Wähler am rechten CDU/CSU-Rand zielte, konnte wenig mehr als eine vollmundige Anfangseuphorie bieten.

Bleibt DIE LINKE. Ihr Agieren als Regie- rungspartei in mehreren Ländern trug kaum zur Stärkung ihrer Wählerbasis bei. Interne Streitigkeiten waren Folge des Schwächelns und zugleich für weitere Anhänger Grund, auf Distanz zu gehen. Inzwischen kämpft die Par- tei mal wieder – nicht um ihre Existenz – aber doch darum, zur Bundestagswahl die Fünf- Prozent-Hürde zu nehmen.

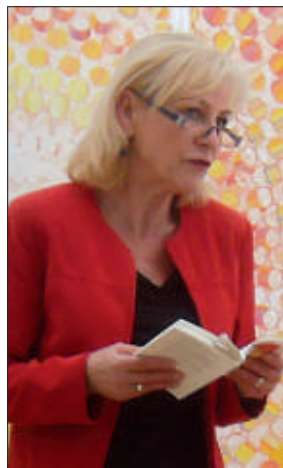
Ein Scheitern wäre ärgerlich auch für die Kanzlerpartei. Nur DIE LINKE im Bundestag kann verhindern, daß eine grünrosa Mehrheit auch zur Regierungsmehrheit wird. Eine neue »Rote-Socken-Kampagne« muß her, um die machtsichernde »große Koalition« von CDU/ CSU und SPD zu legitimieren. Darauf zielen die wahltaktischen Spielchen. Angela Merkel kam sogar demonstrativ zur 150-Jahr-Feier der SPD.

Statt der »Roten Socken« wirft man nun den Knaben Hubertus ins Gefecht. Der versprüht in regelmäßigen Abständen Gift und Galle gegen die »zweite deutsche Diktatur«. Aktuellen Anlaß gab ihm der als Trachtenverein auftre- tende »Traditionsverband Nationale Volksar- mee«, der am Tag des Sieges am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow nostalgisch an frühere Zeiten erinnerte. Was normalerweise höchstens ein müdes Lächeln verursacht hätte, wird nun zum Skandal aufgebauscht. Hubertus Knabe fordert ein Verbot von DDR-Symbolen – von der Fahne mit dem Staatswappen angefangen, über das SED-Parteiabzeichen bis zum FDJ- Symbol und anderem. Auch dessen Gebrabbel verdient üblicherweise nur ein müdes Lächeln.

Diesmal griffen Regierungspolitiker sein hy- sterisches Geschrei dankbar auf. Das Gerede vom Verbot der DDR-Symbole, so das Kalkül, bringt einstige LINKEN-Anhänger dazu, trotz Zweifel – quasi als Trotzreaktion – auf dem Wahlschein doch wieder bei der LINKEN ihr Kreuzchen zu machen. Das sichert deren Ein- zug in den Bundestag und treibt – wenn alles klappt – die SPD in die Arme der Frau Merkel.

GERD MARKMANN

**Bernau/Eberswalde (de/sast).** Aus Anlaß des 80. Jahrestages der schändlichen Bücherver- brennung durch die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz, dem heutigen Bebelplatz, lud die Bundestagsabge- ordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) zu einer Lesung gegen das Vergessen in die Ber- nauer Galerie. Unter der Losung »Wider dem un- deutschen Geist« wurden 1933, organisiert



Dagmar Enkelmann liest ge- gen das Vergessen.

von der »Deut- schen Studentens- chaft«, Bücher von Schriftstel- lern und Wissen- schaftlern ver- brannt, deren Werke unbe- quem waren. Gemeinsam mit Felix Schwarz- holz (Gymnasi- um Panketal), Franziska Haus- ding (BeSt Stadt- marketing Bern- nau GmbH), Prof. Jürgen Els- ner (Panketal),

Sylvia Pyrlík (Buchhändlerin) und Burckhard Ackermann (Ahrensfelde) las Enkelmann aus Novellen und Erzählungen sowie Gedichte von Erich Kästner, Ernst Gläser, Maxim Gorki, Ernst Busch und Egon-Erwin Kisch.

In ihren einführenden Worten erinnerte die Leiterin der Bernauer Galerie Judith Klage dar- an, mit welcher Vehemenz die Nationalsoziali- sten gegen die großen Werke der deutschen Kultur vorgehen.

Mögen nie wieder Bücher brennen, denn schon Heinrich Heine sagte im Jahr 1821: »Das war ein Vorspiel nur. Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Men- schen.« – was sich gut hundert Jahre später als traurige Wahrheit herausstellte.

Auch Sabine Stüber, direkt gewählte Bun- destagsabgeordnete im Nordbarnim und in der Uckermark, erinnerte an die Bücherverbren- nung vor 80 Jahren.

Am 27. Mai las sie im Eiscafé Venezia im Ge- bäude der Sparkasse Barnim in der Michaelis- straße 1 aus Büchern, die damals brannten. Unterstützt wurde sie dabei von Waltraud Werner (Lehrerin) und Amy Jahnke, Schülerin und Gewinnerin des Sonderpreises im Kinder- und Jugendliteraturwettbewerb des Landkrei- ses Barnim 2012.

## Angesichts der Lage der kommunalen Finanzen darf man die weithin bekannte Fußnote aus dem »Kapital« von Karl Marx sinngemäß abwandeln:

Die Stadt hat einen Horror vor Abwesenheit oder nur sehr kleinen Zuschüssen und Fördermitteln, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechenden Fördermitteln wird die Stadt munter. Zehn Prozent Fördermittel sicher, und man kann sie überall anwenden; 20 Prozent, wird die Stadt lebhaft; bei 30 Prozent, positiv waghalsig; für 50 Prozent werden alle wirtschaftlichen Berechnungen hochgestapelt; 70 Prozent, und alle Risiken werden vom Tisch gewischt sowie die Folgekosten vergessen; 80 % und mehr, bar jeglicher wirtschaftlichen Vernunft werden überflüssige und unverantwortbare Projekte, gestützt auf externen Sachverstand, erforderlichenfalls mit Intransparenz und bewusster Täuschung durchgeführt, selbst auf die Gefahr des städtischen Ruins und des Risikos der Zwangs- verwaltung.

A.T.

## Eltern sind »wichtiges Medium«

**Eberswalde (bbp).** »Wie können wir der Grund- schule Schwärzensee wirklich langfristig helfen?« Diese Frage steht im Mittelpunkt der aktuellen Bemühungen der städtischen Sozialdezernen- tin Regina-Dolores Stieler-Hinz hinsichtlich der Schule im Brandenburgischen Viertel. Die Verwaltung stehe mit der Schulleitung in ei- nem »guten kommunikativen Gesprächsprozeß«, versicherte die Dezernentin jüngst den Mit- gliedern des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS). Darin einbezogen seien auch die verschiedenen Akteure, wie das Staatliche Schulamt, die Bildungsinitiative Barnim, das Jugendamt des Kreises, das dafür zuständige Amt für Bildung, Jugend und Sport der Stadtverwaltung, die Jugendkoordinatorin und die Hortleitung. Ziel sei, ein gemeinsames inhaltliches Konzept zu erarbeiten.

Professionelle Hilfe gibt es durch den Pro- jektverbund »Kobra.net – Kooperation in Bran- denburg«. Dieser Verbund unterstützt »Akteure

und Systeme dabei, ihre gemeinsame Verantwor- tung für junge Menschen zu erkennen und wahr- zunehmen«. Renate-Dolores Stieler-Hinz er- wartet, daß es durch die Moderatoren »hin und wieder einen pädagogischen und bildungstheoreti- schen Input geben wird«. Sobald sich die Akteure darüber im klaren sind, was sie wollen, wer- de dieser Gesprächskreis auch für die Politik und das Quartiersmanagement geöffnet.

Auf die Frage von Ortsvorsteher Carsten Zinn, inwieweit auch die Eltern eingebunden sind, antwortete die Dezernentin, daß damit »ein ganz wichtiges Thema« angesprochen wor- den sei. Sie möchte aber trotzdem einen Schritt nach dem anderen tun. Zunächst müs- se klar sein, was vermittelt werden soll. »Im zweiten Schritt ist explizit die Elternschaft als wichtiges Medium natürlich integriert«.

Die ersten Ergebnisse, sagte die Dezernen- tin, könnten voraussichtlich noch vor der Sommerpause mitgeteilt werden.

Zur Zukunft des Ausschusses für Energiewirtschaft

## Energie und Umwelt und Stadtentwicklung

**Die Stadt Eberswalde verfügt über sehr gute Voraussetzungen für eine moderne und umweltgerechte Gestaltung der Energiewirtschaft. Bereits 1995 trat Eberswalde als eine der ersten Gemeinden im Osten Deutschlands dem Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern bei. Der damals entstandene Arbeitskreis Alternative Energien und der Verein Energiesparkontor Barnim e.V. leisteten auf dem Gebiet Erneuerbare Energien und Energieeinsparung wichtige Pionierarbeit, die später insbesondere vom Landkreis Barnim aufgegriffen wurde und in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) in die Initiative ERNEUER:BAR mündeten.**

Die Stadt Eberswalde hat diese Aktivitäten begleitet und zum Teil gefördert. Die Schaffung des Ausschusses für Energiewirtschaft ist dafür ein Beleg. Aktuell erarbeitet die Stadt Eberswalde ein Energie- und Klimaschutzkonzept als weiteren Schritt in die vor 18 Jahren eingeschlagene Richtung.

In der Arbeit des Energieausschusses gab es zuletzt gewisse Stockungen, die vor allem damit im Zusammenhang stehen, daß die geplante Rekommunalisierung der Energienetze vorerst gescheitert ist. Insofern ist durchaus eine Neuorientierung der Ausschubarbeit angesagt.

Wir wünschen uns für die Zukunft eine neue Qualität in der Arbeit des Energieausschusses. Dabei sollte sich die Ausschubarbeit nach unserer Ansicht keineswegs nur auf die Energiewirtschaft beschränken. Energiewirtschaft und Klimaschutz gehören zusammen und bilden in unserer heutigen Zeit einen wichtigen Bestandteil des Umweltschutzes. Deshalb ist es naheliegend, auch alle umweltrelevanten Themen in diesem Ausschuß zu beraten. Wir schlagen vor, daß der Ausschuß für Energie-

wirtschaft thematisch erweitert wird zu einem Ausschuß für Energie und Umwelt.

Damit könnte zugleich der vielbeschäftigte Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt entlastet werden und sich auf die Stadt- und Ortsentwicklung und weitere Bau Themen konzentrieren. Eine Abtrennung der meist mit den Bau Themen konkurrierenden Umweltangelegenheiten ist auch aus inhaltlichen Gründen angeraten, um die Umwelt Themen aus dem Schatten der Bau Themen hervorzuholen.

In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob die fachliche Betreuung der Themen der Energiewirtschaft statt vom Verwaltungsdezernat nicht besser vom Baudezernat erledigt werden kann.

Innerhalb des Baudezernates, das zu einem Stadtentwicklungsdezernat weiterentwickelt werden könnte, wäre aus unserer Sicht sodann die Zusammenfassung der bisher in verschiedenen Sachgebieten betreuten Umweltaufgaben sowie der Aufgaben der Energiewirtschaft in einem gemeinsamen Sachgebiet Umwelt/Energie angebracht.

Dieses Sachgebiet Umwelt/Energie sollte keinesfalls untergeordneter Bestandteil eines der Bauämter sein, sondern als eigene Gliederung der Dezernatsleitung direkt zugeordnet sein, um einer Dominanz von Bauinteressen gegenüber den Umweltinteressen strukturell entgegenzuwirken.

Wir hoffen und erwarten, daß unsere Gedanken und Vorschläge in die weitere Diskussion zur Zukunft des Ausschusses für Energiewirtschaft aufgenommen werden und gegebenenfalls in eine entsprechende Vorlage zur Umstrukturierung der Ausschüsse und der Dezernate münden.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG  
Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler  
in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde

### Road-Runner-Event gefährdet

**Bernau (bbp).** Im Kreis Barnim sind einige Projekte und Jugendhilfsvorhaben »durch nicht nachvollziehbares Agieren der Kreisverwaltung« gefährdet. Darüber informierte am 22. Mai der Kreisvorsitzende der Linken Sebastian Walter in einer Vorstandssitzung in Bernau. Dazu gehöre beispielsweise das Road-Runner-Event Ende Juni in Finow. Walter will das Vorgehen der Kreisverwaltung nicht hinnehmen und wird öffentlich darauf aufmerksam machen.

### Außenanlagen für Synagoge

**Eberswalde (bbp).** Für das Denkmal der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße sind im April vom städtischen Hauptausschuß die Arbeiten zur Gestaltung der Außenanlagen vergeben worden. Mit einem Auftragsvolumen von 62.742,02 Euro wurde der Zuschlag an die Firma THARO Straßen- und Tiefbau GmbH aus Eberswalde erteilt. Volker Passoke (DIE LINKE) regte an, Hundeverbotsschilder aufzustellen, um einer Verschmutzung des Denkmals durch die Exkremente von Vierbeinern entgegenzuwirken.

### Bibliothek für Kitas

**Eberswalde (bbp).** Die Leiterin der Stadtbibliothek Sabine Bolte nahm kürzlich an der Kita-Leiterinnenberatung teil, um ihre Bibliotheksangebote für Kindertagesstätten vorzustellen. Es gebe zwar schon eine gute Zusammenarbeit zwischen den Kitas und der Stadtbibliothek, aber diese soll noch weiter intensiviert werden. Sabine Bolte betont, daß »gerade Lesen ein ganz wichtiges Instrument der frühkindlichen Bildung und Förderung ist.«

### Bedingungsloses Grundeinkommen

## Wir brauchen eine andere Politik

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger könnte viele der heutigen Probleme lösen. Die Diskriminierungen, die heute mit einer Inanspruchnahme von Sozialleistungen verbunden sind, verletzen die Würde der betroffenen Menschen. Menschen haben ein Recht auf Würde und auf Leben. Das ist im Grundgesetz – das in der BRD als Verfassungsgesetz gilt – festgeschrieben.

Das derzeitige Antragswesen, das Bedürftige für den Erhalt von Sozialleistungen über sich ergehen lassen müssen, ist aber nicht nur diskriminierend, sondern zugleich ein Hort der Bürokratie. Für die Verwaltung der Sozialleistungen wird allzuoft mehr Geld ausgegeben als für die Sozialleistungen selbst.

Der eingesparte bürokratische Aufwand stellt schon eine der Finanzierungsquellen für ein bedingungsloses Grundeinkommen dar. Die Bundeswehr stellt ein weiteres Sparpotential dar. Auf die Ausgaben des Kriegsministeriums kann unser Land locker verzichten. Deutschland ist von Freunden umgeben. Niemand will uns angreifen. Wir müssen nicht am Hindukusch unsere Freiheit verteidigen. Mit Aktionen wie der des Obersten Klein schaffen wir keinen Frieden, sondern nur gute Brutbe-

dingungen für neue Terroristen, die als Opfer der »Weltordnungskriege« des Westens – durchaus zurecht – allgemein Haß auf den Westen und speziell auf unser Land entwickeln.

U-Boote und Falken-Drohnen – die ganze 170.000-Mann-Armee – sind gegen diese Leute, die notfalls bloß mit dem Messer in der Hand kommen, ohnehin völlig nutzlos. Wir brauchen das teure Zeug nicht. Wer unbedingt Soldat spielen will, soll von mir aus in die Fremdenlegion gehen, aber nicht dem Volk auf der Tasche liegen.

Das Geld ist viel besser für das bedingungslose Grundeinkommen eingesetzt. 1.500 Euro für jeden Erwachsenen und 500 Euro für jedes Kind unter 18 Jahren. Das kann sich unser reiches Land leisten.

Wenn jeder ein Grundeinkommen hat, können wir uns auch die Diäten für die Politiker sparen. Keine Privilegien für Politiker und Bonzen, das war eine der Forderungen von 1989. Stattdessen brauchen wir direkte Demokratie. Wir brauchen Volksentscheidungen statt Stellvertreterpolitik. Wir brauchen eine andere Politik!

JÜRGEN KLAUS MEIßNER, Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen Eberswalde

## Flickschusterprogramm

**Eberswalde (bbp).** Der vergangene Winter mit ständigem Wechsel von Frostperioden und Tauwetter hat an den Fahrbahnen zahlreiche Schäden hinterlassen. Eberswalde verfügt über ein kommunales Straßennetz von 173 Kilometern Länge. Das berichtete Amtsleiterin Heike Köhler im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt. Dreißig Prozent der Straßen sind nach 1990 erneuert worden. Die übrigen 70 Prozent haben ihr »Lebensalter« erreicht oder überschritten. »Die unzureichende Straßenunterhaltung in den letzten Jahren«, so Heike Köhler, »haben einen hohen Unterhaltungs- und Reparaturstau zur Folge«. Ursache dafür sind die begrenzten finanziellen Mittel, die dem Amt für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Für das Jahr 2013 stehen für die Straßenunterhaltung 200.000 Euro zur Verfügung. »Bei vorschriftsmäßiger Reparatur aller unter Schlaglochflickung aufgeführten Straßen, insgesamt 80.000 Quadratmeter, würden etwa 1,2 Millionen Euro benötigt.«

Bereits die erste Winterphase hatte erhebliche Schäden zur Folge. Ab Januar wurden daher die verkehrswichtigen Straßen, insbesondere entlang der Obuslinien, mit Kaltmischgut notdürftig geflickt. Dafür wurden rund 5.000 Euro eingesetzt. Für die Reparatur der Schlaglöcher in 15 städtischen Straßen sind die Monate Mai und Juni eingeplant (Neue Straße, Georg-Friedrich-Hegel-Straße, Rudolf-Breitscheid-Straße, Wildparkstraße, Spechthausener Straße, Prignitzer Straße, Zum Schwärzensee, Flämingstraße, Lausitzer Straße, Schönholzer Straße, Angermünder Straße, Fritz-Weineck-Straße, Ringstraße, Kopernikusring, Fliederallee). Kostenpunkt 45.000 Euro. Für 30.000 Euro tritt in den Siedlungen mit unbefestigten Wegen der Straßenhobel in Aktion. Die Deckschichtsanierung in der Bergerstraße kostete 70.000 Euro.

Die verbleibende Summe verteilt sich laut Plan auf Bordsanierungen und -absenkungen (6.000 Euro), Pflasterreparaturen (15.000 Euro), Fahrbahnmarkierung (3.000 Euro), die Sanierung von Fugen (6.000 Euro), Regeneinläufen (5.000 Euro) und Banketten (8.000 Euro) sowie der Reparatur von Wartehallen (2.000 Euro). Schließlich sind 5.000 Euro für Havarien eingeplant.

Daneben stehen aus Ermächtigungsübertragungen vom Vorjahr noch 100.000 Euro zusätzlich für die Spechthausener Straße (Zufahrt bis ehemaliges Gleis) und die Ringstraße (Nr. 14 bis 23) zur Verfügung.

## Kulturumfrage Eberswalde

**Eberswalde (prest-ew).** Ende Mai startet das Eberswalder Kulturamt in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) eine Umfrage in der Bevölkerung nach Kulturangeboten in der Stadt. Die Umfrage wird vom Dozenten Ulf Leusmann und Studierenden der HNEE durchgeführt.

## Fortschritt bei Eberswalder Bauprojekten

**Eberswalde (prest-ew).** Im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt hat Eberswaldes Baudezernentin Anne Fellner am 14. Mai einen Überblick über den Baufortschritt ausgewählter Baumaßnahmen informiert.

Im Bürgerbildungszentrum werden demnächst u.a. der Treppenaufgang zur Dachterrasse, die Abdichtungsarbeiten im Sockelbereich, Bodenplatten und Treppenläufe im Kitabereich, die Unterkonstruktion der Decken, die Durchflussverbreiterung des Weinberggrabens, die Rohbauarbeiten im Altbau sowie die Unterfangung des Gebäudeteils »Saal« fertig gestellt. Nächste Schritte sind dann Dachdecker- und Zimmererarbeiten sowie Arbeiten an der Fassade unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes. Nach der Baufertigstellung im März 2014 soll das Haus als Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio ab Mitte Mai 2014 genutzt werden können.

Vor der geplanten Übergabe der Kita Sonnenschein in der August-Bebel-Straße am 11. Juli 2013, so die Baudezernentin, sind noch Restarbeiten u.a. am Kellerausgang, an der Treppe, am Zaun und an der Fassade des Giebels von Haus 2 auszuführen sowie die Außenanlage mit Spielplatz fertig zu stellen. Hier wurden insgesamt 1,7 Millionen Euro investiert. Die Adler-Apotheke wird im April 2014 fertiggestellt und übergeben. Die Baudezernentin

informierte die Ausschußmitglieder darüber, daß jetzt etwa 90 Prozent der Aufträge vergeben sind. Demnächst fertig gestellt werden: der Anbau/Rohbau (Abnahme Ende Mai) und die Dachabdichtung. Nächste Schritte sind im Anbau der Beginn von Innenausbau, die Profil-Fassade, die Aufwertung der Innentüren, die Einhausung des Treppenhauses im Dachgeschoß, Maler- und Fußbodenarbeiten sowie Putzarbeiten im Museum.

Zur Stadtpromenade erklärte Frau Fellner, daß im Bereich Leibnizbrücke die Fertigstellung mit Restarbeiten an der Brücke erfolge. Im Bereich Friedensbrücke werden Restarbeiten an der Spundwandbefestigung und der Böschung ausgeführt, Wege angelegt und die Giebionwände errichtet. Bei Gesamtkosten von etwa 4,3 Millionen Euro wird mit der Fertigstellung Mitte Juni gerechnet.

Ein Bild vom Baufortschritt in und am Bürgerbildungszentrum können sich Interessierte am 1. Juni machen. Im Rahmen des Stadtfestes FinE wird es um 13 und um 15 Uhr die Möglichkeit geben, an geführten Baustellenbesichtigungen teilzunehmen.

Finowkanal – Kleinod der Region

## Niemand will ihn haben

**Eberswalde (gsp/bbp).** Als Bundeswasserstraße fiel der Finowkanal mit dem Beitritt der DDR zur BRD im Jahr 1990 an den Bund. Auf Betreiben der damals noch für den gesamten Landkreis Barnim zuständigen Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann gab es in den 90er Jahren Geld für die Sanierung. Damals saß die Regierung im fernen Bonn. Die Verantwortlichen waren höchst erstaunt, was für ein wirtschaftsgeschichtliches Denkmal es da im »femen Osten« gab. Die älteste noch erhaltene und nutzbare künstliche Wasserstraße Europas war es damals den Verantwortlichen wert, daß sie ein paar Millionen Mark locker machten. Inzwischen gab es das 400jährige Jubiläum des ersten Finowkanals und das 250jährige des zweiten, noch heute funktionierenden Kanals. Und selbstverständlich wurde mit Lobreden nicht gespart.

Heute sitzt die Bundesregierung im nahen Berlin. Doch der Finowkanal scheint den heutigen Regierenden ferner zu sein als den damaligen. Jedenfalls will der Bund den Finowkanal an das Land loswerden. Und das Land will ihn



an die Kreise weitergeben. Und die wiederum möchten die Anliegerkommunen damit beglücken. Niemand will den Finowkanal haben. Niemand will die finanziellen Belastungen, die damit zusammenhängen, tragen.

All die hübschen Reden von landschaftsprägenden Kanal, vom Kleinod des Barnim, vom Bestandteil der »Wasserinitiative Nord« (WIN), vom »Erlebnis Finowkanal« bleiben nur Reden.

Nun sucht man private Investoren, die die teure Angelegenheit stemmen sollen.

## Verpaßte Chance im BBZ

**Im Bürgerbildungszentrum in der Puschkinstraße gehen die Bauarbeiten allmählich dem Ende zu. In einem Jahr sollen die Nutzer einziehen. Es ist also an der Zeit, auch die Wärmeversorgung für das Objekt sicherzustellen. Dem Hauptausschuß lag deshalb am 23.05.2013 ein Vertrag der Stadt mit dem Energieversorger EWE zur Wärmelieferung für die nächsten 10 Jahre vor.**

Das Mitglied des Hauptausschusses Carsten Zinn (Die Linke/Allianz freier Wähler) beantragte bei der Tagesordnungsdebatte, die Vorlage zuerst in den Energieausschuß zu verweisen. Doch Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) meinte: Die Vorlage gehört allein in den Hauptausschuß, weil wegen der Größenordnung des Vertragswertes (445.000 Euro) nur dieser zustimmen muß. Ab dem Wertumfang von 500.000 Euro entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Bis auf Zinn stimmten alle gegen die Verweisung in den Energieausschuß.

In der Einwohnerfragestunde kam ich auf den Wärmevertrag zurück und begründete mit einer Reihe von Fragen den außerordentlichen Gesprächsbedarf in dieser Sache. Schon bei der dritten Frage versuchte der Bürgermeister mich zu bremsen mit der Frage, ob ich meine Fragen nicht schriftlich an Frau Fellner geben könne zur schriftlichen Beantwortung. Aber im Anschluß sollten die Ausschußmitglieder über den Wärmevertrag entscheiden. Also bestand ich darauf, die Fragen zur Kenntnis zu geben.

Meine Fragen zielten zunächst darauf, daß es sehr wohl Alternativen zum Vertragsentwurf gäbe. Dieser sieht wieder einen langfristigen Wärmeliefervertrag mit einem Energiemonopolisten vor. Ich bezeichnete den Vertrag als unvorteilhaft, weil es günstiger ist, die Wärme selbst zu erzeugen, statt als quasi-Fernwärme zu kaufen. Ich zeigte auf, daß die Fernwärme von EWE überteuert ist und verwies auf die nachteilige Preisgleitklausel, in der Heizöl extra leicht (HEL) zum Ansatz gebracht wird.

Mit der Preistabelle zum Vertrag wurde deutlich, daß der Arbeitspreis für die zu liefernde Wärme weit über den Kosten für Heizgas liegt. Somit ist aus eigener Wärmeerzeugung auf Gasbasis eine erhebliche Kosteneinsparung zu erreichen. Eine eigene Kesselanlage ließe sich aus dem von EWE geforderten Grundpreis locker finanzieren.

Der vorliegende Fall der Beheizung eines Einzelgebäudes schreit geradezu nach der Installation einer Nahwärmelösung – im konkre-

ten Fall also einer eigenen selbstbetriebenen Heizungsanlage. Das Thema Nahwärme wird in Eberswalde nun schon seit einigen Jahren diskutiert. Die bereits vorhandenen Nahwärmelösungen, z.B. im Karl-Marx-Ring sind deutlich kostengünstiger als die Fernheizungen in der Ringstraße. Trotzdem blockierten die Stadtverwaltung und ihr »Beteiligungsmanagement« eine schrittweise Umstellung von Fernwärme auf Nahwärme.

Das Eis schien fast gebrochen: Die WHG installierte in der Wildparkstraße eine Nahwärmanlage. Auch im Eberswalder Zoo wird seit letztem Winter eine eigene Nahwärmeheizung betrieben. Und nun gibt es einen klassischen Anwendungsfall für eine Nahwärmelösung in einem städtischen Objekt, dem BBZ in der Puschkinstraße – doch die Stadt sagt nein.

In der Beantwortung meiner Fragen fallen solche Stichworte wie: Vertragstreue (bestehende Verträge sind einzuhalten – dabei werden sie gerade geändert), technische Lösung mit Baubeschluß schon entschieden (aber immer noch korrigierbar), nur Hauptausschuß muß noch Ja sagen (und was wäre, wenn der Nein gesagt hätte?), die genannte Kosteneinsparung von 3000 Euro pro Jahr sind eine gewaltige Summe (aber nur ein Bruchteil der Einsparung im Falle einer Nahwärmelösung), nicht rückwärtsgewandten Blick kultivieren (dabei werden ganz konkret die Augen vor zukünftigen Möglichkeiten verschlossen).

Die tatsächlichen Gründe für die Ablehnung der Nahwärme bleiben im Dunkeln. Bei den wenig involvierten Abgeordneten mögen Sachkenntnisse fehlen. Bei den Verantwortlichen der Stadtverwaltung gewiß nicht. Es drängen sich Zweifel auf, ob es außer den fachlich-sachlichen Abwägungen weitere im Dunkeln bleibende Entscheidungsgründe gibt, die mit dem Verhältnis der Stadt zu EWE zu tun haben. Kritisch stimmt auch, daß sich der Bürgermeister bisher noch nie zum Thema Nahwärme/Fernwärme geäußert hat.

ALBRECHT TRILLER

## Ein Netzwerk-Scout für Eberswalde

*Land fördert die kulturelle Bildung in Schulen mit brandenburgweitem Projekt*

**Eberswalde (bbp).** Beim Regionalbüro Kultur gibt es ein landesweites Projekt, das sich mit der kulturellen Bildung in den Schulen beschäftigt. »Im Regionalbüro wurden extra vier Stellen geschaffen«, informierte Dezernentin Regina-Dolores Stieler-Hinz im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), »um die Zusammenarbeit zwischen Kultur und Schule und der kulturellen Bildung weiter zu intensivieren«. Es

würden dafür extra Scouts eingesetzt, die daran arbeiten, dieses Netzwerk weiterhin zu verstärken oder aufzubauen. Unter anderem werden diese Personen in Potsdam, Cottbus und Eberswalde sitzen. Die Dezernentin erklärte die Absicht der Stadtverwaltung, »daß sie dieses Projekt unterstützt und der Person für Eberswalde Räumlichkeiten anbieten wird, perspektivisch auch gern im Amadeu Antonio Haus«.

## Keine Leute, keine Leute

Man fühlt sich zurückversetzt in DDR-Zeiten. Die stärkste, weil glaubhafteste Ausrede für die Nichterfüllung von Aufgaben war: Keine Leute, keine Leute.

Mit der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Energiewirtschaft wurde die Tagesordnung versandt, in der folgende Punkte enthalten sind:

TOP 3. Beschlußfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 18. Sitzung vom 5.03.2013 – (noch nicht erstellt, wird nachgesandt).

TOP 4. Beschlußfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 19. Sitzung vom 26.03.2013 – (noch nicht erstellt, wird nachgesandt).

TOP 5. Beschlußfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 20. Sitzung vom 30.04.2013 – (noch nicht erstellt, wird nachgesandt).

Das gleiche Procedere folgte dann auch zu den Niederschriften im nichtöffentlichen Teil. Und im Tagesordnungspunkt 12 ist zu den Beschlußvorlagen zu lesen:

TOP 12.1. Vorlage: BV/979/2013 Grundschule Schwärzensee – Genehmigung der Entwurfsplanung und Baubeschluß – (wird nachgereicht)

TOP 12.2. Vorlage: BV/984/2013 Ausschreibung Strombezug 2014-2015 – Stromart – (wird nachgereicht)

TOP 12.3. Vorlage: BV/973/2013 Ausschreibung Bezug von Erdgas 2014-2015 – (wird nachgereicht)

Zu den anderen Punkten gibt es keine zuzusendenden Unterlagen.

In der letzten Ausschußsitzung bat Verwaltungsdezernent Gatzlaff um Verständnis für seine Personalprobleme. Die Frage nach der Sinnfälligkeit eines Ausschusses für Energiewirtschaft wird auf diese Weise seitens der Verwaltung umfassend beantwortet.

ALBRECHT TRILLER

## Stadtfest gesichert

**Eberswalde (bbp).** Das Straßenkulturfest FinE mit Tanznacht sowie die Gartenkonzerte sind für den Zeitraum von 2013 bis 2015 vertraglich gesichert worden. Der Hauptausschuß der Stadt Eberswalde stimmte am 18. April mehrheitlich einer entsprechenden Vorlage des städtischen Kulturamtes zu. Den Zuschlag für den Auftrag für die künstlerische Organisation erhielt der Veranstalter »Udo Muszynski Konzerte und Veranstaltungen«. Der Leistungsumfang beträgt insgesamt 60.000 Euro.

**Freie Oberschule Finow e.V.**

Biesenthaler Straße 14/15  
16227 Eberswalde

[www.freie-oberschule-finow.de](http://www.freie-oberschule-finow.de)

Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

## Auf in den (Wahl)-Kampf

**Bernau (bbp).** Der Kreisvorstand der Linken Barnim verständigte sich auf seiner jüngsten Beratung zur Vorbereitung für den anstehenden Bundestagswahlkampf. Das Wahlkampfteam um den Kreisvorsitzenden Sebastian Walter tagt regelmäßig und wird sich im Sommer um die Material- und Plakatverteilung kümmern. Die Lieferung ist im August vorgesehen. Für Dr. Dagmar Enkelmann wird ab sofort Frank Müller den Wahlkampf organisieren, da ihr bisheriger Wahlkampfleiter Bernd Sachse selbst als Landrat im Kreis Märkisch-Oderland kandidiert. »Unsere Top-Themen«, sagt Sebastian Walter, »sind nach wie vor: Arbeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen beide Direktmandate verteidigen und werben intensiv um jede Zweitstimme.«

Die nächste Mitgliederversammlung soll am 29. Juni, 10 Uhr, wahrscheinlich in Panketal stattfinden. Außerdem gibt es Diskussionsveranstaltungen zum Leitbild der Barnimer Linken, mit dem sie in die Kommunalwahl im nächsten Frühjahr starten wollen. Am 13. Juni geht es im Bahnhof Chorin um den ÖPNV und am 3. Juli in Finowfurt um den ländlichen Raum. Die beiden Leitbild-Veranstaltungen beginnen jeweils um 18 Uhr.

## Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis

Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde vergibt im September 2013 zum viertenmal den Dr. Ursula Hoppe Sozialpreis, einen Preis für soziales Engagement in der Stadt Eberswalde. Bis zum 31. Mai werden dafür Vorschläge gesucht.

Mit der Preisverleihung wird als sichtbares äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung beispielhaftes Handeln im sozialen Bereich ausgezeichnet, das oft unbenutzt von der Öffentlichkeit im Dienste des Menschen



Dr. Ursula Hoppe

und zum Wohle der Gemeinschaft in der Stadt Eberswalde erbracht wird. Dr. Ursula Hoppe hat sich als Kreisjugendärztin in hohem Maße für die Menschen in der Stadt Eberswalde eingesetzt. Der Preis erhält damit auch das Andenken ihres sozialen Wirkens aufrecht.

Die Fraktion bittet daher recht herzlich alle Eberswalder Bürger und Bürgerinnen, Vereine, Initiativen und Kirchengemeinden um Vorschläge für diese Auszeichnung. Die Auszeichnung ist mit 350 Euro dotiert und als persönliche Anerkennung wird eine Urkunde verliehen. Kontakt: SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, Breite Str. 20, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22246, eMail: stadtfraktion@spd-eberswalde.de

RICHARD BLOCH, SPD-Fraktionsreferent

## Liquiditätsklau bei der WHG

Im Monat April gab die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft ihren Ausstieg aus dem Projekt Friedrich-Ebert-Straße Süd bekannt. Jahrelang hatte sich kein Investor für die Wiederbebauung der Vorkriegs-Bummelmeile gefunden. Daher sollte die stadteigene Gesellschaft in die Bresche springen. Deren früherer Geschäftsführer Rainer Wiegandt zeigte sich willfährig. Mit dem neuen WHG-Chef Thomas Köchig gewann dann im vergangenen Jahr die betriebswirtschaftliche Sicht Oberhand über das politische Prestige.

Als eine Art Trostpflasterchen für den Bürgermeister wurde verkündet, daß die WHG das Projekt nicht aufgibt, sondern nunmehr nach einem »Fremdinvestor« suchen will – von dem verständlicherweise weit und breit nichts zu sehen ist. Doch der Schein muß gewahrt bleiben.

Daher steht nun der Verkauf mehrerer städtischer Grundstücke an die WHG auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Ziel sei, das Gesamtareal an der Friedrich-Ebert-Straße Süd zusammenzufassen.

Der städtischen Wohnungsgesellschaft wird durch dieses Grundstücksgeschäft eine Viertel-million Euro an Liquidität entzogen, die anderenfalls bei der WHG verbleiben und für Investitionen zugunsten der Mieterinnen und Mieter genutzt werden könnten.

Das Geld fließt in den Stadthaushalt. Es bleibe also dem »Gesamtkonzern Stadt« erhalten, wie der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff im Finanzausschuß es ausdrückte. Allerdings wird der größte Teil davon dem »Sondervermögen Sanierung« zugeführt, steht also nicht für gesamtstädtische Aufgaben, sondern nur für ein spezielles Gebiet, zur Verfügung.

Eine Zusammenfassung der Grundstücke zum jetzigen Zeitpunkt und damit der Verkauf des Grundstücks von der Stadt an die WHG macht keinen Sinn. Der Grundstücksverkauf kann ebenso noch erfolgen, wenn sich irgendwann einmal ein Investor meldet. Dann kann an diesen direkt verkauft werden, ohne den Umweg über die WHG. Das spart zudem die Kosten des Grundstückdeals, die später bei einer Weiterveräußerung durch die WHG ein zweitesmal anfallen.

Im Finanzausschuß fand der Vorschlag, den Grundstücksverkauf zu verschieben bis ein Investor gefunden ist und die Flurstücke dann direkt an den Investor zu veräußern, keine Mehrheit. Die wollte davon, daß der WHG dann 250.000 Euro mehr zur Verfügung stehen, um die Wohnbedingungen der Mieterinnen und Mieter in der gesamten Stadt zu verbessern, nichts hören.

GERD MARKMANN

## Kreisverwaltung »verschlankt«

**Eberswalde (prest-bar).** Die Struktur im Dezernat III der Barnimer Kreisverwaltung, dem Dezernat für Kreisentwicklung, wurde zum 1. Mai verändert. Seitdem gibt es dort nur noch zwei statt drei Fachämter. Ziel sei es, die Kreisverwaltung straffer zu strukturieren und so aufzustellen, daß sie künftige Aufgaben zur Zufriedenheit aller bewältigen könne, erklärt Dezernent Carsten Bockhardt. »Mit der Umstrukturierung im Dezernat III gehen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung.«

Das Amt für Strukturentwicklung und Bauordnung (Amt 61) wird von Dr. Wilhelm Benfer geführt. Dort werden nun unter anderem die Aufgaben der Bauaufsicht und der höheren Verwaltung (Bauleitplanung) gebündelt.

Im Amt 62 wurden das Kataster- und Vermessungswesen, der Naturschutz und der Denkmalschutz sowie die untere Straßenbaubehörde zusammengeführt. Auch hier geht es darum, daß diese Bereiche künftig stärker zusammenarbeiten. Amtsleiter ist Jürgen Jankowiak.

Das bisherige Amt für Kataster- und Vermessungswesen wird aufgelöst. Die Aufgaben der Bauordnung verantwortete bisher Amtsleiter Jankowiak. Mit der neuen Struktur erfolgt eine Trennung der Bauordnung von den konkurrierenden Aufgaben des Natur- und Denkmalschutzes. Lediglich die Konflikte zwischen Straßenbau und Naturschutz verbleiben in der Verantwortung Jankowiaks.

## Buchtip: »Freiwilligendienste« für alle

Ehrenamtliche Arbeit hat eine lange Tradition. Viele soziale Projekte und Einrichtungen im Sozial- und Kulturbereich bestünden nicht mehr, wenn »freiwillige« MitarbeiterInnen nicht für ihr Fortbestehen sorgen würden.

»Freiwilligendienste« sollen heute in Zeiten zunehmender Armut und Ausgrenzung – wie immer in der Geschichte – dazu beitragen, die Not der durch das kapitalistisch-patriarchale System Arm-Gemachten zu lindern und die Resozialisierung derjenigen zu unterstützen, die darin zu Fall gekommen sind. Das geht

auch immer einher mit einer Kontrolle der Armen und Hilfsbedürftigen. Damit sollen Protestpotenziale gezügelt und gleichzeitig soll der soziale Frieden hergestellt werden. Schließlich werden nicht nur immer neue Begriffe für die »Gratarbeit« erfunden, sondern auch immer neue Programme durch Regierung und Wohlfahrtsverbände aufgelegt, die oft nichts weiter sind, als alter Wein in neuen Schläuchen.

www.agspak-buecher.de

Gisela Notz: »Freiwilligendienste« für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der »freiwilligen« Arbeit, 2012, 120 S., 10 Euro.

Eberswalde unter Strom – keine Erdverkabelung von 380-kV

# Nach zwei Jahren Warten

50 Hertz veröffentlicht endlich seine (Un)Machbarkeitsstudie

**Seit die Pläne von 50 Hertz, die Stadt Eberswalde mit einer 380-kV-Freileitung zu queren, bekannt wurden, gab es viele Proteste gegen dieses Vorhaben. Statt einer Freileitung durch Finow-Ost und am Brandenburgischen Viertel vorbei wurde eine Erdverkabelung gefordert. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2008 ist hier eindeutig und auch auf den Einwohnerversammlungen der betroffenen Ortsteile wurde diese Forderung erhoben.**

Am 7. März 2012 erklärte 50 Hertz, daß man, gestützt auf eine Machbarkeitsstudie, aus technischen Gründen und wegen der extrem hohen Mehrkosten der Erdverkabelung an der Freileitungsplanung festhalte.

Das war eine arge Brückierung der Stadt und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Forderung der Bürgerinitiative *Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat*, die Machbarkeitsstudie zu veröffentlichen, wurde von 50 Hertz zunächst ignoriert, dann im Zuge der Akzeptanzoffensive im Sommer 2012 schließlich in Aussicht gestellt. Es geschah aber nichts. Wiederholt hat die BI auf die Veröffentlichung der Studie gedrängt.

Seit Ende Mai 2013 stehen die Machbarkeitsstudie vom April 2011 und ein Nachtrag vom August 2011 nun im Netz ([www.50Hertz.com/de/file/Machbarkeitsstudie\\_Zwischenverkabelung\\_Eberswalde\\_April\\_2011.pdf](http://www.50Hertz.com/de/file/Machbarkeitsstudie_Zwischenverkabelung_Eberswalde_April_2011.pdf)). Verfasser ist die Unternehmensberatung Consulectra; eine Firma, die zum Vattenfallkonzern gehört. Wir erinnern uns, daß die Planung einst von Vattenfall Europe Transmission begonnen und nach dem Verkauf des Übertragungsnetzes von 50 Hertz Transmission weitergeführt wurde. Von unabhängiger Beratung ist also nur unter formalen Gesichtspunkten zu sprechen.

In der Studie (40 S.) und ihrem Nachtrag (14 S.) werden ausführlich die technischen Details der Erdverkabelung dargestellt und zunächst zwei Trassenvarianten untersucht, die sich an den bestehenden Trassen der 220-kV-Leitung (östliche Variante) bzw. 110-kV (westliche Variante) orientieren und vom Finow-Kanal südlich durch das Stadtgebiet führen. Eine Weiterführung des Erdkabels bis zum Oder-Havel-Kanal wird nicht empfohlen.

Probleme gibt es bei der Raumbeschaffung für die Übergangsbauwerke an der Schnitt-

stelle der Freileitung zum Erdkabel, bei der Findung des Trassenkorridors, wenn die Trasse bereits von anderen Infrastrukturleitungen belegt ist bzw. Straßen oder Gastrassen in Planung sind, wenn Straßen oder der Finowkanal gequert werden müssen oder Altlasten im Erdreich vermutet werden.

Nicht immer sind die Hinweise, daß z.B. der erforderliche Rückbau von Garagen oder der Eingriff in eine Kleingartenanlage der Realisierung einer Erdverkabelung entgegenstehen, überzeugend.

Die Studie wird vom Bewußtsein getragen, daß die Freileitung in allen Fragen die jeder Erdverkabelung überlegene Variante ist. Der Gedanke, daß die Querung des Stadtgebiets durch eine 380-kV-Freileitung überhaupt nicht in Frage kommen kann, ist den Verfassern der Studie wie auch den Auftraggebern fremd.

Unter rein technischen Aspekten wird von den Verfassern die westliche Variante favorisiert, die der bestehenden 110-kV-Trasse folgt und die Mitnahme der 110-kV-Leitung als Erdkabel vorsieht, denn auf der östlichen Trasse ist der Korridor etwas schmal und mit vielen Versorgungsleitungen und dem Garagenkomplex belegt.

Kritikwürdig ist die Studie bei der Bewertung der Risiken des Erwerbs der erforderlichen Flächen für die Überleitungsbauwerke, weshalb die kostentreibende Option einer Unterquerung des Finowkanals ins Spiel gebracht wurde (26,2 Millionen Euro). Fragwürdig ist auch der Umgang mit den Hinweisen auf weitere geplante Infrastrukturprojekte (Straßen und Gasleitungen). Hier wird der Eindruck erweckt, daß der Flächenbedarf dieser Projekte völlig ungeklärt sei.

Die technische Machbarkeit der Erdverkabelung, so das Ergebnis der Studie, ist aber ge-



geben. Es gibt keine Argumente gegen die Realisierung der westlichen Variante, außer den Kosten von rund 21,7 Millionen Euro für eine ca. 1,8 km lange Trasse.

Diese Kostenkalkulation wirft allerdings einige Fragen auf und bedarf einer eigenen Untersuchung, denn sie weicht sehr stark von der Kostenkalkulation, die E.ON im Jahr 2007 für fünf Erdkabelprojekte veröffentlicht hat, ab. E.ON geht davon aus, daß bei einer Erdverkabelung pro km Mehrkosten in Höhe von drei Millionen Euro gegenüber den Kosten der Freileitung entstehen.

Legt man diese Kalkulation für Eberswalde an, dann kommt man auf ca. acht Millionen Euro. Consulectra liegt hier also bei dem 2,5fachen der Kalkulation von E.ON. Eine Anfrage bei dem Kabelhersteller ABB über die Kosten für die Erdkabel, die laut Consulectra bei 18 Mio. Euro für 1,8 km liegen, hat bisher leider keinen Erfolg gehabt.

Von 50 Hertz ist hier auch keine Aufklärung zu erwarten, genausowenig wie auf die Frage, weshalb die (Un)Machbarkeitsstudie erst zwei Jahre nach ihrer Fertigstellung der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Man wollte, so ist zu vermuten, eine öffentliche Diskussion dieser Studie vermeiden und den Freileitungsbau mit dem Hinweis auf die Unmachbarkeit der Erdverkabelung scheinlegitimieren.

HARTMUT LINDNER

## Dritte Europameisterschaft der Solarboote auf dem Werbellinsee

Nach zwei erfolgreichen Jahren erwartet der Solarbootverein Berlin-Brandenburg e.V. bereits zum dritten Mal Teilnehmer aus Deutschland, Holland und Polen zur diesjährigen Regatta auf dem Werbellinsee. Am 1. Juni zwischen 10 und 17 Uhr finden die Wertungsläufe zur Regatta statt. Die Boote fahren in drei Europaklassen; hinzu kommt die neue »Einstiegerklasse«, mit der Schulen und privaten Teams ein besonders einfacher Einstieg in ihr eigenes Solarbootprojekt ermöglicht wird.

Außer Geschwindigkeit, Manövrierfähigkeit und Ausdauer kommt es bei der Regatta vor allem auf die Fahrstrategie an. Sonnenenergie steht nicht immer in beliebiger Menge zur Verfügung, und die Größe der an Bord befindlichen Energiespeicher ist durch das Reglement begrenzt.

Während solare Hausboote und Solarfähren dank der eingebauten Akkus auch viele Stunden selbst bei völliger Dunkelheit fahren, steht hier der sorgsame, intelligente Umgang mit

den natürlichen Ressourcen im Vordergrund. Dank des diesjährigen Hauptsponsors, der luxemburgischen Solarfirma SOLUXTEC, können auch in diesem Jahr wieder Geldpreise ausgereicht werden. Die Preisverleihung findet am Abend des 1. Juni gegen 18 Uhr statt.

CHRISTINE SCHINK

## BBP war mit Stand dabei

Der Kampf- und Feiertag der Werktätigen lockte am diesjährigen 1. Mai im Laufe der Veranstaltung gut 300 Menschen auf den Eberswalder Marktplatz. Auch die »Barnimer Bürgerpost« war vertreten. Zusammen mit dem Kiezmagazin für das Brandenburgische Viertel »Maxe« und der Eberswalder Regionalgruppe des Fördervereins der Zeitschrift »RotFuchs« hatten wir einen gemeinsamen Infostand organisiert. Die Zusammenarbeit mit den beiden anderen kleinen Zeitungen hatte sich bereits beim Völkerballturnier der Toleranz am 27. April in der »Medizin«-Sporthalle im Brandenburgischen Viertel bewährt.

Neben den aktuellen und älteren Ausgaben der drei Zeitungen hatten »RotFuchs« diverses Infomaterial, »Maxe« antiquarische Bücher mitgebracht. Wir hatten unsere BBP-Bücherkiste dabei. Darin finden sich neben den Sonderdrucken der »Barnimer Bürgerpost«, wie dem »Gewicht des Wortes«, vor allem Bücher und Broschüren von BBP-Autoren, wie Kurt Kretschmann, Hans Rafalski, Kurt Gempin, Dr. Rainer Thiel und anderen.

GERD MARKMANN

## Fußball am Ersten Mai

Der DGB plante für den Ersten Mai auf dem Marktplatz ein Turnier der Parteien gegen Parteien. Doch außer des Ortsverbandes der Partei Die Linke stellte nur der SPD-Ortsverein Finow ein Team. Bedauerlicherweise gelang es den anderen demokratischen Parteien im Barnim nicht, jeweils eine Mannschaft zu stellen. Auch die Einzelgewerkschaften schafften das nicht wie geplant. Als dritte Mannschaft machten die Flemsdorfer Haie mit.



Somit brauchten wir nur 2 Spiele á 10 Minuten auf dem Kleinfeld spielen. Statt um 11 Uhr starteten wir erst bei richtig schönen Mittagstemperaturen gegen 13 Uhr. Die Linken, mit dem Stadtverbandsvorsitzenden Torsten Duckert im Tor, besiegten wir mit 5:3. Die Flemsdorfer Haie konnten wir gar mit 7:1 schlagen.

RINGO WRASE

## 1. Mai in EW – ein Rückblick

**Auf den traditionellen Marsch zum Kampf- und Feiertag der Werktätigen zu verzichten, war zweifellos eine gute Entscheidung. Die zuletzt doch sehr geringe Teilnehmerzahl ließ die »Mai-Demonstration« eher zum sinnentleerten Ritual verkommen. Der Zulauf auf dem Marktplatz entsprach den Erwartungen. Es war nicht gedrängt, aber durchaus voll. Seitens der Akteure war so ziemlich alles vertreten, was es an linkem Spektrum in Eberswalde gibt – zumindest was die älteren Semester angeht.**



Unter den Jüngeren gibt es eine Reihe interessanter Ansätze – insbesondere im studentischen Milieu. Aber da ist traditionell ein Abstand da zum altbackenen Gewerkschafts- und Linkenmilieu. Hier wirken auch allgemeine strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft, die im Zusammenhang mit der allgemeinen ökonomischen Entwicklung stehen – was einer weitergehenden Diskussion bedürfte.

Nun zum weniger Gelungenem: Die politischen Reden waren nur in unmittelbarer Nähe der Bühne vernehmbar. Etwas weiter weg hörte man nichts davon. Die Musik hingegen war so laut, daß es auch an der Peripherie des Platzes schwer war, Gespräche zu führen. Die als Hauptact verpflichtete Bluesband machte eine hervorragende Musik, die freilich nicht allen gefiel. Manche, vor allem Ältere, vermißten die alten Arbeiterkampflieder. Da gibt es auch Neuere, was zumindest in den Pausen aus der Konserve hätten kommen können.

Inwieweit die Punk-/HeavyMetal-/oder-weiß-ich-Band am Nachmittag sozialkritische Inhalte rüberbrachte, habe ich nicht gehört – das heißt, gehört habe ich schon was, aber nichts verstanden, kann nichtmal sagen, ob die in deutsch oder englisch vorgetragen haben. Diesen Aspekt kann ich also nicht bewerten.

Die Jugendlichen, die am Nachmittag den Platz füllten, kamen offensichtlich nur wegen dieser Band. Für die Stände hat sich dieses Klientel, soweit ich das mitbekam, nicht interessiert. Andererseits war der kraftvolle Auftritt der Jugendband dann durchaus ein Mittel, die Älteren, die mit solcherart Musik nichts anfangen können, zum Gehen zu veranlassen.

Mit geplanter Länge von 10 bis 16 Uhr war die Veranstaltung zeitlich arg überdimensioniert.

Einerseits ist es gerade für ehrenamtlich tätige Akteure schwierig, 6 Stunden lang präsent zu sein. Andererseits gehört auch viel dazu, die Besucher der Veranstaltung so lange bei der Stange zu halten. Da mit der Youngsterband das Publikum wechselte, mag das insgesamt funktioniert haben. Aber war es dann wirklich noch eine politische Mai-, eine Gewerkschaftsveranstaltung?

Der Aufwand und die Energie, die aufzuwenden ist, um die Veranstaltung so in die Länge zu ziehen, ist so teilweise verpufft – zumindest stehen Aufwand und Nutzen nicht in einem gesunden Verhältnis. Künftig sollten der DGB hinsichtlich der Dauer weniger ambitioniert herangehen.

Bezüglich der Redner wäre es sicherlich hilfreich, künftig mehr auf die ehrenamtlichen Strukturen der Gewerkschaften zurückzugreifen – am besten bezugnehmend auf aktuelle Arbeitskämpfe. Um die Menschen von hier zu erreichen, sollten Menschen von hier die Reden halten. Der Krankenhausstreik im vorigen Jahr hat eine Menge an Kreativität freigesetzt und das Selbstbewußtsein der Beteiligten ungemein gestärkt. Es hätte dem DGB gut zu Gesicht gestanden, wenn sich das zur diesjährigen 1.-Mai-Kundgebung widerspiegelt hätte. Zumal das auch eine Möglichkeit gewesen wäre, die eigentliche Zielgruppe – nämlich die abhängig Beschäftigten – besser zu erreichen. Ein Minister lockt diese Leute nicht.

Im nächsten Jahr dürfte der 1. Mai allerorten – ob man das will oder nicht – der eigentliche Wahlkampfauftakt für die Kommunalwahlen sein. Hier sollten die Gewerkschaften mit starken eigenen Inhalten auftreten.

GERD MARKMANN



Globalisierung

## Einmal hin, einmal her –

# Linksherum, das ist wohl schwer

von Sabine Stüber

**Definitionen für den Begriff Globalisierung unterscheiden sich vor allem in ihrer Ausführlichkeit. Stark verknüpft, ist sie ein gesellschaftlicher Prozeß und das Ergebnis des digitalen technologischen Fortschritts, der immer schnellere Handels- und Finanzströme möglich macht. Mit der Auflösung der politischen Blöcke des Ost-West-Gefüges vor gut 20 Jahren, nahm diese Entwicklung erst so richtig Fahrt auf. Die Wirtschaft wurde total global, und heute agieren nicht nur große Konzerne rund um die Welt, auch kleinere und mittelständische Unternehmen kommen nicht umhin, ihre Produkte und Dienstleistungen kreuz und quer über den Globus anzubieten. Das wird uns als großer Fortschritt angepriesen.**

Während die Wirtschafts-, Handels- und Finanzströme längst grenzenlos über die Ozeane und Kontinente hinweg fungieren, bleibt die Autorität demokratischer Regierungen auf ihr eigenes Territorium beschränkt. Der »Weltmarkt« ruft die Weltpolitik zum Diktat, und so finden die Forderungen nach Wachstum und Freihandel den Weg in Gesetze und Verordnungen. Die Welt ist auf der Wachstumsjagd pausenlos unterwegs, gerät dabei allerdings zunehmend aus der ökologischen und sozialen Balance. Ja, es gibt zwar eine Welthandelspolitik und eine Weltfinanzpolitik, aber keine Weltumwelt- oder Weltsozialpolitik.

Insbesondere die Umweltprobleme dieser Welt lassen sich nur durch globale Politikansätze lösen. Doch gerade die Abschaffung staatlicher Regulierungen wird im digitalen Zeitalter der Globalisierung groß geschrieben. Die von jeher dürftigen Kontrollmechanismen für globale Geschäftstätigkeit der Konzerne und Banken wurden auf deren Druck hin immer weiter abgebaut.

Der Begriff Globalisierung löst unterschiedliche Emotionen aus. Die einen sehen darin den Schlüssel zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand für die Menschen, auch wenn nur ein kleiner Teil daran partizipiert. Die anderen, und deren Zahl nimmt ständig zu, sehen die Risiken des hemmungslosen Rohstoffverbrauchs, die weltweite Verschärfung von sozialer Ungerechtigkeit und die zunehmende Umweltzerstörung. Darum ist nun die Diskussion entfacht und greift immer mehr um sich.

International »Global Governance« genannt, wird es am besten mit kooperativer, multilateraler Gestaltung der Globalisierung übersetzt. Der Einfluß der Nationalstaaten und der Vereinten Nationen muß gestärkt und als Gegengewicht zu den Welthandelsabkommen und der Macht der Weltkonzerne aufgebaut werden. Zudem geht es auch um Ideen zur Bildung eines Weltparlaments, den Ausbau internationaler Gerichtsbarkeit und völkerrechtlich verbindlicher Umwelt- und Sozialstandards. Das Allgemeinwohl, Umweltschutz und entwicklungspolitische Themen müssen stärker ins politische Blickfeld rücken und gegen die maßlo-

sen Profitinteressen der Konzerne verteidigt werden.

Es gibt zahlreiche internationale Umweltinstitutionen und Umweltabkommen, wie die Klimakonvention oder das Übereinkommen über Biologische Vielfalt. Doch es fehlt an Koordination und Vernetzung, und so wirken die Maßnahmen nicht und der Raubbau an der Natur geht weiter. Immer dringlicher wird unterdessen die Forderung von Naturschutzorganisationen und politischen Initiativen vieler Länder nach einer völligen Neugestaltung der internationalen Umweltpolitik. Da gibt es viel Hin und Her über das wie, doch darin sind sich alle einig: Die internationale Umweltpolitik muß effizienter werden und mehr internationale Akzeptanz durch demokratische Beteiligung erreichen. Das klingt nach eierlegender Wollmilchsaure, doch viel einfacher werden wir keine soziale, nachhaltige und demokratische Globalisierung bekommen.

Noch ein Nachtrag zur politischen Realität: »Parlamentsbeteiligung bei globaler Umwelt-Governance verbessern« heißt ein überfraktioneller Antrag, über den kürzlich im Bundestag abgestimmt wurde. Dabei geht es um genau diese Fragen, wie Parlamentarier besser an internationalen Entscheidungen zur Umweltpolitik beteiligt werden können. Es geht darum, weltweit demokratische Verfahren im Umgang der Staaten miteinander zu etablieren. DIE LINKE steht voll hinter diesem Antrag, aber eben mal wieder nicht drauf. Immer noch verharren die anderen Fraktionen in ihrer Blockadehaltung und Ignoranz uns LINKEN gegenüber. Ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen des Bundestages hätte diesem Parlament gut zu Gesicht gestanden.

Was erwarten wir eigentlich von anderen Ländern, wenn nicht einmal die Bundestagsfraktionen die politische Reife zur Kooperation in Sachfragen besitzen?

**Barnimer Bürgerpost  
abonnieren!**

eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)  
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

## Volkssolidarität sagt Danke

Erfolgreiche Listensammlung 2013

Die diesjährige Haus- und Straßensammlung der Volkssolidarität Barnim im März und April 2013 endete am 30. April und ist wiederum auf große Resonanz gestoßen. Viele private Spender und Gewerbetreibende haben sich daran beteiligt und mit ihrer Spende die vielfältige Arbeit der Volkssolidarität unterstützt.

Den engagierten Sammlern gilt unser Dank für ihre aktive, selbstlose Tätigkeit. Allen Spendern ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung! Durch Ihre Spende ist es möglich, die vielfältigen Hilfs- und Beratungsangebote der Volkssolidarität auch weiterhin aufrecht zu halten.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

## Fotografische Spurensuche

**Eberswalde (prest-bar).** 20 Jahre ist es her, daß sich der Landkreis Barnim aus den Altkreisen Bernau und Eberswalde gründete. Die Kreisverwaltung will sich anlässlich dieses Jubiläums gemeinsam mit den Barnimern auf Spurensuche durch die Region begeben – mit dem Fotoapparat in der Hand und unter dem Motto: »Ich sehe was, was du nicht siehst – 20 Jahre Barnim«. Gesucht werden Fotoaufnahmen, die den Landkreis in all seinen Facetten zeigen: einsame Natur, städtisches Leben, beeindruckende Sehenswürdigkeiten, aber auch ganz normaler Alltag im Reihenhäuschen am Stadtrand, im Büro, in der Kita oder auf dem Reiterhof. Schicken Sie ihre schönsten Aufnahmen und zeigen Sie uns, was es für Sie bedeutet, im Barnim zu Hause zu sein.

Als Preis winkt ein Fotokurs an der Kreisvolkshochschule. Der Einsender des besten Fotos darf kostenlos an einem mehrwöchigen Kurs in Fotografie oder Bildbearbeitung der Barnimer Kreisvolkshochschule teilnehmen. Der Zweit- und Drittplatzierte erhält als Preis jeweils ein Buch zum Thema Fotografie.

Die schönsten Motive werden Teil einer Ausstellung, die anlässlich der konstituierenden Sitzung des Kreistages vor 20 Jahren am 22. Dezember 2013 im Paul-Wunderlich-Haus eröffnet wird.

## Gier nach Kampfdrohnen

Der deutsche Verteidigungsminister giert nach unbemannten Kampfdrohnen. Mit diesen Mordwaffen sollen Menschen feige und hinterlistig ermordet werden. Die NATO ist bereits Vorbild. Die Soldaten an den Computerschirmen werden die zerrissenen Körper mit dampfenden Gedärmen nicht wahrnehmen.

Steuergelder in Milliardenhöhe sollen dafür eingeplant sein. Große Fragen, oder sollte sich niemand kümmern, vielleicht nur wenn es um den eigenen Geldbeutel geht???

Raus aus der NATO und abrüsten! Das würde dem Frieden in der Welt dienen.

ELISABETH MONSIG (Jahrgang 1924)

## Baumfällungen gestoppt

**Eberswalde (bbp).** Die Baumfällungen im Eberswalder Stadtwald werden nun doch auf Herbst verschoben. Ende April gab die Stadtverwaltung auf Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann (Die Linke/Allianz freier Wähler, DL/AfW) bekannt, daß im Stadtgebiet 1.700 Bäume gefällt und weitere 1.000 Bäume beschnitten werden müssen, weil die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben sei und Gefahr für das menschliche Leben drohe (BBP 5/2013). Die Gefahr sei so groß, daß auch in der Brutzeit Bäume gefällt werden müssen.

Nach Bekanntwerden der Antwort Stadtförsters gab es in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion. Dies veranlaßte die Stadtverwaltung zum Einlenken. Anfang Mai erklärte Baudezernentin Anne Fellner, daß die Fällarbeiten in Abstimmung mit dem Stadtförster während der Brutzeit ruhen und erst ab Herbst wieder aufgenommen werden. Die akuten Gefährdungen seien bereits behoben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßen des Fällstop, erklärte darauf die Fraktionsvorsitzende Karen Oehler. »Fällungen in der Vegetationszeit sollten aufgrund des Schadens für die Tierwelt die große Ausnahme bleiben«, so Karen Oehler weiter. »In diesem Sinne appellieren wir auch an andere Waldbesitzer, die derzeit immer noch Holzeinschlag in stadtnahen Waldflächen durchführen.«

Die Bündnisgrünen wollen die Fällpause nutzen, um sich mit dem Expertengutachten zu den Verkehrssicherungsmaßnahmen kritisch auseinanderzusetzen und sich ein eigenes Bild machen. »Wir gehen davon aus, daß bei entsprechender Priorisierung und Planung der unumgänglichen Eingriffe zukünftig sensibler mit der uns umgebenden Natur umgegangen werden kann.«

Seitens der Fraktion DL/AfW erklärte deren Vorsitzender Dr. Günther Spangenberg, daß seine Fraktion Karen Oehler und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dankbar ist, daß diese das Anliegen so aktiv unterstützen.

## Bündnis 90/Die Grünen:

### Vorstand wiedergewählt

In einer Mitgliederversammlung am 9. April 2013 wählte der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen einen neuen Kreisvorstand. Die bisherigen Vorstandsmitglieder – Elke Rosch aus Lüdersdorf und Stefan Böhmer aus Wandlitz als Sprecher sowie Regina Satzer aus Panketal als Schatzmeisterin und Thomas Dyhr aus Bernau als Beisitzer – wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Gegenkandidaten gab es nicht.

Damit kann das vierköpfige Team die bisher erfolgreiche Arbeit für weitere zwei Jahre fortsetzen. Schwerpunkte dabei werden die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014 und die weitere Stärkung des Kreisverbandes sein.

STEFAN BÖHMER, Kreissprecher

## Haben unsere Gesetze noch Gültigkeit?

**Das Gesetz zu Naturschutz und zur Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz vom 29.07.2009) sowie die analoge Fassung des Landes Brandenburg vom 26.05.2004 soll die »Pflege und nachhaltige Entwicklung« des Gehölzbestandes sichern. Allgemein ist ein Schutzzeitraum gegen Fälen sowie größeren Eingriffen in Gehölzbestände vom 1. März bis 30. September eines jeden Jahres zum »Schutz von Nist-, Brut- und Lebensstätten wild lebender Tiere« festgelegt.**

In logischer Konsequenz findet sich diese Festlegung zum Baumschutz in allen Baumschutzordnungen von Kommunen, Vereinen, Verwaltungen u.a. – auch in der bisherigen Barnimer Baumschutzordnung.

Der Schutzstatus kann ausgesetzt werden, »wenn Maßnahmen zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leben und Gesundheit von Personen oder Sachen von bedeutendem Wert erforderlich werden.«

Unser Stadtförster Herr Krüger, so denken wir, mißbraucht diese Ausnahmeregelung so wie viele andere Baumzuständige in unserem Kreisgebiet. Herr Krüger wird uns nicht erklären können, daß er die »drohenden Gefahren an der Tramper Straße« erst in der Schutzzeit erkannt hat. Er wird uns nicht erklären können, daß es nicht möglich war, seine Betriebsabläufe so zu organisieren, daß diese Eingriffe außerhalb der Schutzzeit zu machen waren...

Auch das Amt Schorfheide vergißt den Baumschutz: Es beauftragt Firmen, die im großen Stil im April und Mai in den angegliederten Ortsteilen die Bäume »verschneiden«

(Beispiel Werbellin) – Auch diese Maßnahmen waren keinesfalls drohenden Gefahren geschuldet. Ein Kleingartenverein setzt im Mai seine Feuerornhecke auf halbe Höhe und so lassen sich die Beispiele beliebig fortsetzen. Es ist verständlich, daß viele privaten kleinen Hausbesitzer diesen Beispielen folgen.

Der derzeitige unbefriedigende Zustand im Kreisgebiet ist nicht verwunderlich, da unser Kreistag bis zum heutigen Tag keine verbindliche Baumschutzordnung beschlossen hat. Es muß auch nach der Rolle der Unteren Naturschutzbehörde gefragt werden: Alle Ausnahmeregelungen bedürfen ihrer Zustimmung – liegen diese vor? Gibt es wenigstens einige Beschränkungen auf den engeren Brutzeitraum?

Es ist der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler zu danken, daß sie diese Situation thematisiert hat und damit öffentlich auf die unbefriedigende Lage verwiesen hat. Bleibt nur zu hoffen, daß Schlußfolgerungen gezogen werden, denn letztlich kann sich die Natur nicht wehren.

Dr. GÜNTHER RIEDEL

Bündnisgrüne Veranstaltungsreihe Teil 3. Am 29.5. in Eberswalde:

## Ökologische Modernisierung

### Dezentrale Energieversorgung mit bürgerschaftlichem Engagement

Zur ökologischen Modernisierung von Brandenburg gehören 100 Prozent erneuerbare Energie. Unsere Studie zeigt, wie wir das bis zum Jahr 2030 beim Strom und bis zur Mitte des Jahrhunderts auch im Wärmesektor erreichen können. Und wir wollen die ökologische Umgestaltung Brandenburgs sozial gerecht gestalten. Die immer wieder aufflammende Diskussion um die Strompreise macht deutlich, daß der Erfolg der Energiewende auch von der Akzeptanz der VerbraucherInnen und Unternehmen abhängt.

## Trittbrettfahrer

Das Einlenken der Stadtverwaltung ist ein schöner Erfolg aller hier aktiven und engagierten Bürger. Nun gilt es zu kontrollieren, ob die Stadt das tut, was ja angeblich nicht geht, nämlich auf Baumfällungen vorerst verzichtet.

Die Grünen als Trittbrettfahrer beim Baumschutz, das ist schon amüsant. Ist das eigentlich eine Barnimer Besonderheit oder sind die Grünen jetzt schon landesweit im Naturschutz nur noch Trittbrettfahrer und schreiben markige Sprüche, wenn es nicht mehr anders geht?

JOHANNES MADEJA

In insgesamt vier Städten diskutiert der energiepolitischer Sprecher unserer Fraktion Michael Jungclaus gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, wie die Landespolitik die Energiewende in Brandenburg voranbringen kann.

**Am Mittwoch, dem 29. Mai 2013 um 18.30 Uhr in Eberswalde** im Paul-Wunderlich-Haus, Am Markt 1, findet die 3. Veranstaltung der Reihe zum Schwerpunkt »Dezentrale Energieversorgung mit bürgerschaftlichem Engagement« statt.

Wir zeigen, was bürgerschaftliches Engagement bewirkt hat und diskutieren, wie Eberswalde noch mehr von Energiewende profitieren kann. Wir sammeln Ideen, wie die Landespolitik den Weg für bürgerschaftliches Engagement ebnen sollte. Trotz des Schwerpunktes bleibt genügend Raum für alle Fragen zur Energiewende. Der Eintritt ist frei.

FRAUKE ZELT

Weiterer Termin:

3. Juni 2013, 18.30 Uhr, Oranienburg, Regine-Hildebrandt-Haus. Schwerpunkt: Klimaschutzkonzepte umsetzen - Wohnen mit Zukunft  
Unsere Studie: »Szenarioberechnung einer Strom- und Wärmeversorgung der Region Brandenburg und Berlin auf der Basis Erneuerbarer Energien« finden Sie hier: <http://gruenlink.de/esh>

# Bäume haben keine Lobby

**Das waren Schlagzeilen zu Pfingsten: »Verwüstung im Schlaubetal« (MOZ) und »Wald gleicht einem Panzerschlachtfeld« (BZ). Es handelt sich um den Müggelheimer Forst. Diesen Naturfrevel haben Bürger – Wanderer und Naturfreunde – festgestellt. Nun werden die Behörden tätig – vielleicht!**

Bei uns im Barnim ist das nicht anders. Wir konnten lesen: »Kahlschlag am Flugplatz illegal« (MOZ, 02.06.2010) und, ein Jahr später: »Bäume versehentlich umgelegt« (MOZ, 11.05.2011). Die Ausrede lautete: Flugsicherheit und Munitionsberäumung. Zwischendurch war zu lesen: »Kahlschlag mit Erlaubnis« (MOZ, 16.11.2010).

Heute wissen wir: Eine Erlaubnis gab es nicht und von »Versehen« kann keine Rede sein. Es ging weder um Flugsicherung noch um Munitionsberäumung. Es ging um neue Sonnenstromanlagen, die noch gar nicht genehmigt waren. Auf Druck von Naturfreunden mußten die Behörden tätig werden und danach, so konnte man es lesen, wurden »empfindliche« Bußgelder gezahlt. Den Bäumen hat das nicht mehr geholfen.



Jeder erinnert sich an die Waldvernichtung vor dem Verpackungsmittelwerk Thimm (2012) und am ehemaligen Walzwerk Finow in der Angermünder Str. (2013). Die Genehmigungen wurden nachträglich erteilt.

Nun gibt es einen neuen »Fall«: Kahlschlag am Oder-Havel-Kanal in Finowfurt. Tatzeit: Anfang Mai 2013. Kahlschlag ist verboten. Auch hier sieht es aus wie nach einer Panzerschlacht. Alle zehn Meter ist ein Baum stehengeblieben – also kein Kahlschlag? Natürlich wußten die Behörden nichts davon, das kennen wir ja schon. Immerhin hat der zuständige Revierförster, der Mann hat das sehr große Revier Schorfheide, zugesagt, sich um den Fall zu kümmern. Wir dürfen gespannt sein.

Das Ergebnis ist jedoch vorhersehbar. Wahrscheinlich wurde das Waldgesetz nicht verletzt. Danach darf der Waldbesitzer ganzjährig Holz schlagen. Auf das Wohl der übrigen Tier- und Pflanzenwelt kommt es nicht an. Hier hätte die untere Naturschutzbehörde wirksam werden können, aber die wußte ja mal wieder nichts! Wenn 40 % des ursprünglichen Baumbestandes stehengeblieben sind, dann ist das auch kein Kahlschlag, jedenfalls steht es so im Waldgesetz. Auf Menge, Art und Alter des Bestan-

des kommt es nicht an. Selbst wenn kein einziger Baum mehr stehengeblieben ist, gilt das Land immer noch als Wald. Die Statistik stimmt also! Aber vielleicht wird ja doch ein kleines Bußgeld fällig, das dann natürlich »empfindlich« genannt wird. Etwas Kosmetik ist immer gut und das Bußgeld ist mit dem Verkauf von ein paar dicken Stämmen bezahlt!

Nun frage ich mich aber besorgt: Wie lange soll das noch so weiter gehen? Sind untere Forstbehörde und untere Naturschutzbehörde mit Gerichtsmedizinern vergleichbar? Ein Gerichtsmediziner kann alles, weiß alles, aber er kommt immer zu spät. Der Vergleich hinkt. Unsere Behörden können – vielleicht – eine ganze Menge, wenn sie wollen. Sie wissen aber oft nichts, vielleicht wollen sie ja auch manches gar nicht wissen. Sie werden ja nur auf Anzeige oder Antrag tätig. Wenn niemand etwas anzeigt oder beantragt, dann wissen sie nichts und kommen regelmäßig zu spät, nämlich wenn der Patient, hier »mein Freund der Baum tot ist«. So hat es Alexandra gesungen.

Das darf so nicht weitergehen. Schließlich hat es die Menschheitsgeschichte gelehrt und wir wissen es zuverlässig: Erst stirbt der Baum, dann stirbt der Mensch. Hochkulturen sind zugrunde gegangen, weil sie Raubbau an der Natur getrieben haben. Sind wir fähig, daraus zu lernen? Ich habe Zweifel.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Aber wer handelt? Die Gesetzesmacher (Legislative), also unsere Bundestags- und Landtagsabgeordneten, halten ihre Gesetze für gut. Jeder Krämer lobt seine Ware. Die Vollzugsbeamten in den Ämtern (Exekutive) stützen sich auf die Gesetze und lieben es, sie zu »interpretieren«, also im eigenen Interesse auszulegen. Es wird zuweilen ganz unterschiedlich interpretiert. Das heißt dann »Abwägung« nach pflichtgemäßem Ermessen. Dabei sparen sie nicht mit Eigenlob. Keiner sieht Handlungsbedarf, jedenfalls nicht bei sich selbst.

Aber Gesetze, hier das Naturschutzgesetz und das Waldgesetz, die Raubbau an Wald und Natur, wie wir sie täglich erleben, zulassen, können nicht gut sein. So lange unsere Politiker das nicht begriffen haben, jede Umweltschweinerei gar noch gesetzlich begründen und schönreden und uns z.B. das HOKAWÉ als umweltfreundlich und gar als nachhaltige Energiequelle »verkaufen«, so lange ist dem Umweltfrevel Tür und Tor geöffnet und wir sind in Lebensgefahr, auch wenn es manch einer noch nicht glauben will, jedenfalls so »dramatisch« nicht sieht.

Bäume haben keine Lobby, es sei denn wir selbst, alle Naturfreunde, bekennen uns zu dieser Aufgabe. Es ist an der Zeit!

JOHANNES MADEJA

## Nach Redaktionschluß:

Zu dem Fall »Waldfrevel« in Finowfurt habe ich einen Anruf von der Oberförsterei in Eberswalde bekommen. Es gab einen Vor-Ort-Termin mit folgendem Ergebnis:

Das geschlagene und zur Abfuhr bereit gestapelte Holz wurde beschlagnahmt. Der Auftraggeber für die Fällaktion soll ein Finowfurter Unternehmen sein. Es wurde teilweise auch Gemeindewald in Mitleidenschaft gezogen – Falscheinweisung der Baumfäller.

Jetzt soll gutachterlich festgestellt werden, ob es sich um einen Kahlschlag handelt. Wenn 40 % des Holzes stehengeblieben ist – ich weiß nicht, wie das »gerechnet« wird – dann ist es kein Kahlschlag! Erst danach ist eine Aussage möglich, ob das Waldgesetz verletzt wurde.

Das »Wald«-Stück findet man zwischen Barschgrube und Oder-Havel-Kanal.

JOHANNES MADEJA

## Anhörung ohne Bürger

In der Märkischen Oderzeitung vom 24. Mai wird auf Seite 9 über die beabsichtigte Verjährung der sogenannten Altanschließerbeiträge berichtet (»Verjährung ja – aber mit Hindernissen« von Ulrich Thiessen).

Wir durften nur zuhören. Als eine Vertreterin der Bürgerinitiative Wasser/Abwasser im Gebiet des WAV »Panke/Finow« hatte ich die Möglichkeit, am 23.05.2013 an zwei Anhörungen im Landtag teilzunehmen. Wegen sehr zeitiger Anmeldung durfte ich im Sitzungssaal Platz nehmen. Andere wurden in einen Übertragungsraum verwiesen. Die Landtagsabgeordneten des Innenausschusses hörten in der 1. Anhörung zwölf erlesene Teilnehmer an: zwei Wissenschaftler aus dem Bereich Verwaltungs- und Staatsrecht, drei Rechtsanwälte, zwei Redner von Kommunalvertretungen, vier von Wasserverbänden und einen Vertreter des Landesverbandes der Brandenburger Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümervereine. Damit waren die Interessenslagen klar abgesteckt. Vermißt habe ich wenigstens eine Anhörung eines der betroffenen Bürger. Schließlich sollen sie ja das Konto der Wasserverbände anfüllen. Schade für die Demokratie!

Verunsichert über Rechtssicherheit und die Anwendung des Grundgesetzes in Brandenburg und erstaunt über die beliebige Festsetzung von Verjährungsfristen, wozu sogar die Vereinigung Deutschlands herhalten muß, verließ ich unseren Landtag. Immerhin rechnet man mit 100 % Widersprüchen. Kann man unter diesen Vorzeichen ein Gesetz zur »Regelung einer zeitlichen Obergrenze zum Vorteilsausgleich im KAG« (Kommunalabgabengesetz) auf den Weg bringen?

Verantwortungsbewußtes Nachdenken der Abgeordneten im Interesse der Bürger ist notwendig! Oder entscheiden sie sich nur für das Konto der Wasserverbände?

DORA DUHN, Melchow

## Gedenken an Falko

Am 31. Mai vor 13 Jahren wurde Falko Lütke in der Spechthausener Straße von einem Nazi vor ein Auto gestoßen und starb. Es handelte sich nicht um einen tragischen Unfall, sondern um einen vorsätzlich geführten Angriff mit tödlichem Ausgang. Der Täter wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Falko kam mit dem, der ihn dann umbringen sollte, mit dem Obus aus dem Brandenburgischen Viertel. Dort



hatte er diesen auf dessen zur Schau getragene Hakenkreuztätowierung angesprochen. Eine Diskussion begann, die sich im Obus fortsetzte. Eine mögliche Solidarisierung von anderen Passagieren mit

Falko will ich nachträglich nicht einfordern, vielleicht war schlecht zu erkennen, worum es ging, und die Angst, Opfer von Gewalt zu werden, spielte mit, als Menschen wegsahen.

Aber es hätte gar nicht soweit kommen müssen, wenn der Nazi es nicht als völlig normal empfunden hätte, allen ein Hakenkreuz zu präsentieren. Dieses Gefühl hatte ihm bis dahin seine Umgebung gegeben, im Kiez und während seiner ABM.

Wofür steht ein Hakenkreuz? Der Träger identifiziert sich mit dem Nationalsozialismus und der Wehrmacht, haßt Juden, billigt den Holocaust. Gewalttätigkeit gehört zum Nazi-Sein, ist Teil der politischen Kultur. Zu den Feinden eines Hakenkreuzträgers gehören als »Schmarotzer« bezeichnete Punks und Obdachlose.

Nun sitzen die Freunde von Falko und Menschen, denen das Schicksal des jungen Punks ans Herz geht, an jedem Jahrestag nachmittags an der Bushaltestelle »Spechthausener Straße« und erinnern sich. Ja, es war von Falko leichtsinnig, einen bekannten Schläger zu kritisieren. Hätte er die Schnauze gehalten, wäre er heute noch am Leben. Schweigen macht vieles bequemer. Wer Nazis nicht hinnehmen will, bekommt Ärger mit denen, und wird nachher noch als »selbst schuld daran« abgestraft.

Na da machen wir, um Falko zu ehren, mal das Maul auf. Seit 1990 wurden in Brandenburg mindestens 27 Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt. Neun sind bislang offiziell anerkannt. Falko Lütke gehört nicht dazu. Dabei war schon im Urteil klargestellt worden, daß »ein der rechten Szene Zugehöriger gegen einen Andersdenkenden Gewalt ausgeübt« hat. Im Auftrag der Landesregierung überprüft derzeit das Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam nochmals alle strittigen Fälle.

Die fällige staatliche Einordnung des Tötungsverbrechens an Falko Lütke als rechts-extrem wirft dann die Frage nach der Form eines öffentlichen Erinnerns auf.

KAI JAHNS

## Nazis den Stecker gezogen

Rund 1.200 Gegendemonstranten in Finowfurt

**Finowfurt (bbp).** Hunderte Menschen haben am Pfingstsonnabend friedlich gegen ein Neonazi-Konzert in Finowfurt protestiert. An den verschiedenen Aktionen beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter insgesamt etwa 1.200 Menschen, knapp 1.000 allein an einer Demonstration. Auch zahlreiche Kommunal- und Landespolitiker, darunter Brandenburgs Finanzminister Helmut Markov (Die Linke), gingen auf die Straße.

Es sei gelungen, den Beginn des Konzerts erheblich zu verzögern, sagte ein Sprecher. Mehrere Protestteilnehmer hatten eine Zufahrtsstraße zu dem Konzertort besetzt. Die Polizei hatte mehrere Hundertschaften im Einsatz, verzichtete aber auf Wegtragen, weil die Veranstaltung auf anderem Weg erreichbar war.

Im Laufe des Nachmittags sammelten sich etwa 650 Neonazis auf dem Privatgelände des Landesvorsitzenden der Partei »Die Rechte« Klaus Mann in Finowfurt. An den Polizeikontrollpunkten warteten die anreisenden Neonazis in Autos aus Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Hessen, und sogar aus der Schweiz.

Als Veranstalterin des Konzerts mit 13 Nazi-Bands trat die Berliner Gesine Hennrich in Erscheinung, ehemals Mitglied des inzwischen verbotenen Berliner »Frontbann 24«. Als Ordner – mit der Selbstbezeichnung »Staffel« - fungierten daher auch Aktivisten aus dem Frontbann 24 um Uwe Dreisch aus Berlin.

Laut Auflagen sollte das Konzert um 22 Uhr enden. Die Polizei löste die Veranstaltung jedoch bereits gegen 21.25 Uhr auf, weil es mehrfach zu »Hitlergrüßen« gekommen war.

Aufgerufen zum Gegenprotest hatten erstmals gemeinsam die Initiativen »Finowfurt - Nazifrei« und das Aktionsbündnis »Bunte Schorfheide«. Zu den Unterstützern gehören Parteien, Gewerkschaften und Vereine.

In den vorherigen Jahren war der Bürgermeister von Schorfheide, Uwe Schoknecht, gegenüber geplanten Großdemonstrationen zurückhaltend gewesen. Mit dem Bündnis »Bunte Schorfheide« setzte er stattdessen auf Plakataktionen mit Slogans gegen Rechts.

Auch in diesem Jahr hielt sich das Bündnis »Bunte Schorfheide«, dem neben dem Schorfheider Bürgermeister Uwe Schoknecht, die Hauptamtsleiterin Angela Braun, der Finowfurter Ortsvorsteher Wilhelm Westerkamp, Marco Gensing von der Bildungseinrichtung Buckow sowie die beiden Pfarrer Stephan Flade (Groß Schönebeck) und Ulf Haberkorn (Finowfurt) angehören, zunächst auf Distanz.

In einem Brief an die Gemeindevertreter erwähnte Schoknecht das Bündnis »Finowfurt - Nazifrei« ausdrücklich im Zusammenhang mit »umfangreichen Protesten«, bei denen »auch mit Teilnehmern aus der autonomen Berliner Szene zu rechnen« sei und »großen Verkehrsbehinderungen«. Die »Bunte Schorfheide«, hieß es im nächsten Satz, plane »eine eigene Veranstaltung« in der Kleinen Konzerthalle Finowfurt (Schöpfungter Kirche), zu der »möglichst viele Schorfheider ... kommen sollten«.

Damit stand die Gefahr im Raume, daß der Protest gespalten wird. Der Schorfheider Gemeindevertreter Johannes Madeja (Freie Wähler Schorfheide) nahm das »mit einiger Verwunderung, Verständnislosigkeit und Enttäuschung zur Kenntnis«. Bezeichnend sei Schoknechts Eingeständnis, daß »alle Demokraten in Finowfurt« in die kleine Konzerthalle mit gerade mal 60 Sitzplätzen passen sollen. »Die wenigen Demokraten verkriechen sich hinter Kirchenmauern, um den 'Ruf des friedlichen Wandels von 1989 zu erneuern'. Ich darf Sie erinnern: Der friedliche Wandel wurde auf der Straße erreicht, von Zehntausenden, nicht von ein paar Dutzend hinter dicken Kirchenmauern.«

Ob es die Mahnung von Johannes Madeja war oder das Bemühen des Bündnisses »Finowfurt - Nazifrei«, sei dahingestellt. Jedenfalls einigten sich beide Bündnisse auf ein gemeinsames Vorgehen. Dem rbb sagte Schoknecht: »Ich bin ganz ehrlich, das ist auch ein Lemprozeß, wie man mit solchen Dingen umgeht. Und natürlich muß auch eine Protestkultur wachsen.« Nun seien sie auf einem sehr guten Weg.

Das Gelände der Familie Mann an der Autobahnauffahrt Finowfurt ist seit sechs Jahren Veranstaltungsort für diverse Veranstaltungen der Nazi-Szene. Bereits am 17. August soll es ein weiteres Konzert geben.

Als erfolgreich eingestufte Anti-Nazi-Demonstrationen gab es am 18. Mai auch in Bernau und Wandlitz, wo die NPD kurzfristig drei Kundgebungen unter dem Motto »Einmal Deutschland und zurück - Asylmißbrauch stoppen« angemeldet hatte.

Am Einwohnermeldeamt in Bernau wurden das NPD-Aktiv von 70 Menschen lautstark ausgebuht. Im lauten Protest gingen die Hetzreden von Aileen Rokohl, Maria Funk und Ronny Zasowk vollständig unter. Der Kundgebungsort der NPD war zudem durch Bernauerinnen und Bernauer blockiert. Unter den Demonstranten war auch Bernaus Bürgermeister Hubert Handke (CDU). Zu den Protesten hatte das Bernauer Netzwerk für Toleranz und Weltoffenheit aufgerufen.

In Wandlitz machte die NPD Halt am Bahnhof Wandlitzsee, dort demonstrierten etwa 90 Menschen gegen die NPD, bevor sie zum Flüchtlingswohnheim zog. Dort nahmen 150 Gegendemonstranten die Nazis in Empfang, nachdem mehrere Blockadeversuche, darunter einer mittels eines Wohnmobils, die Anfahrt des NPD-Trucks verzögert hatten. Zu den dortigen Protesten rief der Runde Tisch Wandlitz auf, der sich in den letzten Wochen im Flüchtlingsheim engagiert hatte.

# Ein Mann mit Charakter

Zum Gedenken an Günter Lindenberg, einen Eberswalder Lehrer

**Er war der schönste Mann im Lehrerkollegium der Eberswalder EOS; die Schülerinnen der oberen Klassen himmelten ihn, der noch dazu fabelhaft singen konnte, an auf Teufel komm raus.**

Sein Unterricht, er gab Deutsch und Geschichte, lebte durch ihn, der auf Folien, Projektoren und vorgefertigte Tafelbilder verzichtete, durch seine Souveränität im Fachwissen, seinen Humor und auch dank seiner Fähigkeit, tolerant zuhören zu können. Aus den Lehrplänen las er das heraus, was seinen Intentionen entsprach; dummes dogmatisches Zeug ignorierte er oder modelte es dialektisch so um, daß es doch noch produktiv werden konnte für die Kenntnisbildung seiner Schüler. Belegt ist seine kühnliche Äußerung im Kontext mit großen historischen Ereignissen, die, genau besehen, ihre Richtigkeit, aber nie und nirgends Eingang in die Unterrichtsrichtlinien gefunden hat: »Wenn in der Weltgeschichte was schief läuft, hängt immer ein Weiberarsch dazwischen... Schreibt euch das auf!«

Nie vergaß Lindenberg, sich an seine Schülerjahre zu erinnern, an die Pennälerzeit in Werder, wo er unter einem Saubund von Mathelehrer fürchterlich gelitten hat. Und ebensowenig vergeblich war er »bezüglich« seines »Ehrendienstes« bei der Armee. Beides wirkte in ihm fort.

Nimmer zum Tyrannen in der Schulstube zu werden und, wenn schon Werbung für die Fahne, dann mit offenen Karten. Sein Bringesoll an Berufsoffiziersbewerbern (BOB) erfüllte er nie. Er verstand sich als Preuße, was er gern be-

tonte und ihm oft auch leisen Spott einbrachte, und für Effzwo, den Alten Fritz, schwärmte er schon, als das noch suspekt und das Politbüro noch nicht auf die Idee gekommen war, den König zu rehabilitieren.

Im Lehrerkabarett der EOS, das später dank der Denunziation einer Blockflötin verboten wurde, war er der Star in allen Szenen, die einen Singetext hatten. Weil – nur er kannte Noten, konnte einen Ton halten und so den Rufgesang der anderen zumutbar werden lassen.

Einige Zeit, vertretungshalber, amtierte er als Direktor. Und siehe – die obligatorischen Fest- und Appellreden hatten auf einmal Pfiff, aber keine Phrasen mehr, und ein Weihnachtsbaum im Foyer war erlaubt, und beim Abi-Ball wurden Beatles-Titel gespielt.

Lindenberg nahm es ernst mit der Päröle (Makarenko, Pestalozzi, Humboldt?), ein Lehrender müsse sein Leben lang auch ein Lerner bleiben. Zwei Jahre Fernstudium machten ihn zum Diplom-Pädagogen. Dann kam die Bezirkspartei-schule, zu der man ihn quasi zwangsdelegiert hatte. Dort gelang es ihm nicht, seine Lehrkräfte wesentlich zu fördern, denen er, nunmehr selbst wieder Schüler, in Fach- und Methodenfragen weit überlegen war.

Später verließ er die DDR und arbeitete drei Jahre als Deutschlehrer an einem Prager Gymnasium. Danach lehrte er am Brandenburger

Institut für die Weiterbildung ausländischer Lehrer bis zum Vorruhestand und zog später nach Wismar.

Dort ist Günter Lindenberg mit 76 Jahren im April verstorben.

Er war ein Pädagoge, der nicht ins Klischee der DDR-Lehrer paßt, das uns immer wieder mal vorgeführt wird. Kein Stundengeber, kein Überwacher seiner Schüler, kein Phrasendrescher, keiner, der auf Argumente mit dem Ohr des Spitzels lauschte. Manchem Kollegen war er, weil er sehr anders auftrat als sie, nicht ganz geheuer. Aber die meisten und vor allem alle Schüler, die das Glück hatten, bei und von ihm lernen zu können, schätzten »Linde« wie einen engen, verlässlichen und souveränen Freund.

So ist er für einige Abiturientenjahrgänge zum Vorbild geworden. Dies nicht in dem Wortsinn, dem oft mißdeuteten, daß einer rundum makellosen Menschensorte eifrig nachzustreben sei, um deren Abziehbild zu werden. Eher als Bild eines Mannes von Charakter, Haltung und Intellekt, das man zum Zwecke der Befragung, Selbstprüfung und Besinnung in sich trägt.

In den modernen Zeiten, da Punkte und Durchschnittszensuren über das Wohl und Wehe von »Begabungen« entscheiden und es ohne weithin technisierten Unterricht nicht mehr zu gehen scheint, wäre Günter Lindenberg ein weißer Rabe. Gäbe es nicht neben seinen Ex-Schülern, die literarische Übersetzer, Ärzte, Geografen, Banker und Landrat geworden sind, auch ein paar Lehrer, die das Ihre tun, um das Seine fortzusetzen. So gesehen: Er lebt weiter.

Dr. STEFFEN PELTSCH

## Eine afrikanische Prinzessin in Deutschland

**Unter dem Titel »Eberswalde – Berlin – Douala – Paris: Maria Mandessi Bell und die Eberswalder Anfänge des globalen Black Consciousness« referierte am 25. Mai in der Eberswalder Bethel-Gemeinde (Goethestr. 23a) Prof. Eve Rosenhaft über Maria Mandessi Bell, die afrikanische Prinzessin im deutschen Kaiserreich.**

1990 stand Eberswalde in den Schlagzeilen wegen des rassistischen Mordes an den Angolaner Amadeu Antonio Kiowa. Fast ein Jahrhundert zuvor hatte in Eberswalde eine Begegnung anderer Art zwischen Afrikanern und Deutschen stattgefunden, als die Baptisten die Ausbildung Jugendlicher aus Kamerun in Deutschland förderten und die Vertretung der Interessen der Kameruner gegenüber den deutschen Kolonialmächtigen unterstützten.

In ihrem Vortrag erinnerte Prof. Eve Rosenhaft an diese geteilte Geschichte, vor allem an die Kameruner Frauen, die im Rahmen der baptistischen Missionsarbeit nach Deutschland kamen. Eine von diesen, Maria Mandessi Bell, spielte sowohl im Kampf gegen den Kolonialismus um 1914 als auch in der späteren Entwicklung der panafrikanischen Kulturbewegung eine Schlüsselrolle. Sie wurde im November 1895 in Douala, Kamerun geboren. Ihr Vater war David Mandessi Bell, der Adoptivsohn von »King Bell« und Besitzer einer großen

Kakao-Plantage. Auf einer der ältesten Fotografien, die wir von der damals noch in der Eichwerder Straße befindlichen Eberswalder Baptistengemeinde haben, ist diese junge Dame neben dem Prediger Ernst Wißtoff zu sehen (siehe Bild). In Wolfsdorf/Ostpommern wurde sie 1912 getauft, fand Aufnahme im Haushalt des Predigers und folgte im November den Wißtoffs nach Eberswalde, wo Ernst Wißtoff eine Predigerstelle antrat.

Ihre Zeit hier soll eine glückliche Zeit gewesen sein. Ihre stärksten Erinnerungen waren mit Chorausflügen und einer Vielzahl von Liedern verbunden, die sie – über 90jährig – noch in perfektem Deutsch singen konnte. Am 1. April 1914 verließ Maria Eberswalde und schloß sich der jungen Baptistengemeinde in der Schönhauser Allee im Norden von Berlin (Prenzlauer Berg) an. Nach Douala (Kamerun) zurückgekehrt, versuchte sie, den Kontakt zu ihrem »lieben Onkel und ihrer lieben Tante« in Eberswalde aufrecht zu erhalten. Davon zeu-



gen Briefe mit herzlichen Grüßen an Wißtoffs und andere Mitglieder der Eberswalder Gemeinde.

Der Vortrag von Frau Rosenhaft war nicht nur für Gemeindeglieder, sondern auch für die zahlreichen Gäste mit Interesse für deutsche Geschichte und multikulturellen Austausch spannend und aufschlußreich.

ANTJE UHLIG

Eve Rosenhaft ist Professorin für deutsche Geschichte an der University of Liverpool (GB). Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie zur Geschlechtergeschichte und der Geschichte der Minderheiten, darunter zuletzt *Africa in Europe. Studies in Transnational Practice in the Long Twentieth Century* (Liverpool 2013) und *Black Germany. The Making and Unmaking of a Diaspora Community 1884-1960* (Cambridge 2013, im Druck).

Im Gedenken an die Lyrikerin Sarah Kirsch (1935 - 2013)

# Im Regen singen die Vögel am schönsten

Das Deutsche Schriftstellerlexikon (Weimar, 1960) kennt den Namen zwischen *Keyserling*, *Graf* und *Kisch, E.E.* noch nicht. Im zweibändigen Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller (Leipzig 1967) ist ihr Artikel – offensichtlich aktualisierend – an den ihres Ex-Mannes Rainer Kirsch angefügt. Dort erfährt man auch, daß Sarah Kirsch (Geburtsname Bernstein, Vorname Sarah später im Hinblick auf die Judenvernichtung angenommen) 1935 im Südharz geboren wurde, in Halle Biologie und in Leipzig am Literatur-Institut »Johannes R. Becher« studiert hat. Außer dem gemeinsamen Lyrikband der Kirschs *Gespräch mit dem Saurier* (1965) ist dort noch kein Titel genannt. Ihr erster eigener Band (*Landaufenthalt*, 1967) war ein Ereignis. Er präsentierte eine Lyrikerin von ganz ausgeprägt individueller Sicht und Sprache. In einem Reclam-Bändchen (1977) versuchte Elke Erb die Eigenart Sarah Kirschs zu fassen: sie zitiert nicht Sprache, sie spricht. Sie beschreibt nicht Leben, sie lebt. Wem das zu wenig ist, der lese.

## Das grüne Meer mit den Muschelkämmen<sup>1</sup>

dämpft in der Winternacht

Sanften Auges der Leuchtturmwärter  
setzt Laternen ein, hau ruck

Einfach so, vor dem Neuen Jahr  
ging seine Frau übers Wasser

Keine Fische wollte sie schuppen  
Nicht unterm Nebelhorn schlafen

Ach, die Laternen des Leuchtturmwärters  
Finden nur Muschelkämme

Welch eine großartige Literaturlandschaft war das, in der die Kirsch erwuchs und reifte! Die Lyrik geprägt vom Vorbild Bechers und Brechts. Unter den Älteren sind Erich Arendt, Johannes Bobrowski (*Schattenland Ströme, Sarmatische Zeit*), Stephan Hermlin, Georg Maurer, Walther Victors Sonette *Weimarer Erinnerungen*, unter den jüngeren Volker Braun (*Provokation für mich*), Günter Deicke, Adolf Engler, Elke Erb, Rainer Kunze zu erwähnen, um

wenige Namen zu nennen. Und fast jährlich kamen Lyrik-Anthologien heraus, für den Nachwuchs vor allem die Poesiealbum-Reihe des Verlags Neues Leben Berlin. Man suche eine literarische Provinz, die Ähnliches aufzuweisen hat!

## Selbstmord<sup>2</sup>

Aber bei der lag es in der Familie  
Sie wohnten früher am Moor  
Der Großmutter fiel regelmäßig  
Ein Bild von der Wand wenn wieder  
Ein Sohn gefallen war

Das Biologiestudium hat Sarah Kirsch zu genauer Beobachtung befähigt. Das ist überall in ihrer Lyrik zu spüren (*Das Gras setzt Knoten ein. / Und die Kuh hinterm Haus / greift es mit sicherer Zunge*); Im Interview (1973) bekannte sie sich zum Politischen in der Lyrik, selbst in der Liebeslyrik (*Hätte ich keine politischen Interessen, könnte ich keinen Vers schreiben*). Es durchzieht – natürlich nicht in vordergründigem Sinn – ihre Gedichte, vor allem in *Landaufenthalt*. Bei diesem Titel vermutet man wohl eine Idylle. Die gibt es dort auch (*Schöner See Wasseraug; Süß langt der Sommer ins Fenster*). Aber bevor Kirsch zurückkehrt in ihre Betonstadt, besichtigt sie die Kehrseite der Idylle: die verkommenen Obstplantagen hier wachsen Birnbäume in rostigen Öfen — und das Gras wächst in aufgebrochenen Matratzen<sup>1</sup>. Auf ihren Zugfahrten und Flügen wird klar, wo der Landaufenthalt stattfindet: *mein kleines wärmendes Land*, schreibt sie 1967, *wo auf Demonstrationen Transparente gegen die Schlächtereie getragen werden. Wo der Schrankenwärter (ihn gab es damals noch) aus Steinen den Reisenden gute Wünsche legt. Wo am Rand meines Lands ritzender Draht durch Wald zieht (Fahr II<sup>1</sup>). Dort wacht der Hirt über meine tückische Herde / die sich vereinzelt die sich vermengt — Ich schneide das Lid vom Aug da bleibe ich wach (Hirtenlied /1/)*. Doch trotz dieser Wachsamkeit geht die Frau des Leuchtturmwärters übers Wasser<sup>1</sup>. Und schließlich kommt der große Wind und sieht sie von *meinem Haus das Dach segeln* und fragt: *Wo soll ich wohnen fürderhin (Von meinem Haus<sup>1</sup>)*.

War die Kirsch dieser *Vogel im Regen*? Jedenfalls, nicht nur die prekäre Situation innerhalb der DDR, sondern auch die deutsch-deutsche Problematik war in ihrer Lyrik präsent. Ihr Geburtsort Limlingerode liegt unmittelbar an der Grenze zu Niedersachsen und war geeignet, in dieser Hinsicht den Blick zu schärfen.

Schließlich kam die Zäsur der Biermann-Affäre. Sarah Kirsch unterschrieb den Protestbrief. Es folgten Ausschluß aus Partei und Schriftstellerverband, bald ihre Ausreise. Die DDR hatte eine außergewöhnlich begabte Lyrikerin weniger. Schluß mit *Landaufenthalt*. Nach 1990 äußerte sich ihr angestauter Groll in den Querelen um die Vereinigung von Schriftstellerverbänden, PEN-Zentren Ost und West und die Akademien. Das blieb Episode.

## Aus: Wiepersdorf<sup>3</sup>

Dieser Abend, Bettina, es ist  
Alles beim alten. Immer  
Sind wir allein, wenn  
wir den Königen schreiben  
Denen des Herzens und jenen  
Des Staats. Und noch  
Erschrickt unser Herz  
Wenn auf der anderen Seite des Hauses  
Ein Wagen zu hören ist

Schloß Wiepersdorf war Besitz der Arnims, in der DDR Erholungsstätte des Schriftstellerverbandes. Bettina von Arnim schrieb das rebellische, sozialkritische »Dies Buch gehört dem König«.

Nun ist sie ein zweites Mal gegangen, diesmal endgültig. Endgültig? Wir müssen sie wiedergewinnen – sie ist unser!

ROLF RICHTER

In der DDR erschienen:

1 – Landaufenthalt. Aufbau-Verlag Berlin 1967

2 – Zaubersprüche. Aufbau-Verlag Berlin 1973

3 – Rückenwind. Aufbau-Verlag Berlin 1976

4 – Musik auf dem Wasser (Hg. Elke Erb) Reclam Leipzig 1977

Außerdem erschien 1967 eine bibliophile, von Walter Schiller (Institut für Buchgestaltung Leipzig) gestaltete Auswahl.

Das Herz von CONTRASTE schlägt nicht mehr

## Dieter Poschen

24.03.1946 Bad Pyrmont – 12.03.2013 Faro (Portugal)

Wir haben einen lieben Freund und tollen Zeitungsmacher verloren, der seit 1984 für das Erscheinen der CONTRASTE gesorgt hat – unermüdlich und unkonventionell. **Salute Diago!**

Die RedakteurInnen der CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation und der CONTRASTE e.V.

Für die Fortsetzung von Dieters Lebenswerk bitten wir um Spenden auf das Konto:  
CONTRASTE e.V., Spendenkonto Nr.: 51 51 24 05, BLZ 508 900 00, Volksbank Darmstadt eG.

# PUNK A GONNY!

oder: *Laßt uns eine Stadt gründen, in der man alles darf!*

**Theaterprojekt für Eberswalde sucht Mitspieler und Unterstützer über innovative Finanzierungsform: Crowdfunding nun auch für Eberswalde!**

Das EXIL in Eberswalde wird im August und September zu PUNK A GONNY!

Wir entwerfen eine Stadt, in der man alles darf: Mitspielen, Mitsingen, Mitbauen, Wildschweine grillen, ...

PUNK A GONNY! ist eine Geschichte über Gauner und Männlichkeit. Über Fressen, Lieben, Boxen und Saufen nicht zu vergessen – ein schwarzhumoriges Abbild einer Welt, in der man alles tun darf, solange man bezahlen kann.

Am Erinnerungsort Eisenspalterei auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers in Eberswalde inszeniert die Berliner Theaterregisseurin Heike Scharpff mit ihrem professionellen künstlerischen Team zusammen mit den Besuchern des EXIL, dem Männerchor *Franz Mücke* und anderen Eberswaldern eine soziale Choreografie frei nach Brechts »Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny«. Die Idee stammt von Kai Jahns. Ein Projekt aus Eberswalde mit Eberswaldern für Eberswalde, das verschiedene Menschen zusammenbringen soll.

Wer mitspielen will, ist gern gesehen. Abenteurliche Geschichten sind garantiert und Ideen für die Utopie einer Stadt herzlich willkommen. Wer das Projekt unterstützen möchte, ist aufgerufen, an der Entstehung unserer Stadt tatkräftig Anteil zu nehmen. Wir suchen nach Material, tatkräftigen Händen und natürlich nach Geld, denn keine Stadtgründung ohne Kohle.

PUNK A GONNY! Wirbt um Unterstützer auf der Crowdfunding-Plattform Startnext. Diese innovative Finanzierungsmethode hat

WIE WIRD MAN EHRENBÜRGER von PUNK A GONNY! oder DIREKTER LINK ZUM CROWDFUNDING <http://www.startnext.de/punk-a-gonny>

FEIERLICHER SPATENSTICH zur STADTGRÜNDUNG oder DIE SPIELFREUDE BEGINNT AM 1. AUGUST. Mitspieler bitte melden bei Heike Scharpff, eMail: [post@heikescharpff.de](mailto:post@heikescharpff.de).

**Die Stadt PUNK A GONNY! öffnet für zahlungskräftiges Publikum seine Stadttore am 6., 13. und 14. September 2013.**

Mit dabei sind auf jeden Fall Keule, Christoph, Hertel, Henrik, Sabbi, und der Männerchor Franz Mücke unter der Leitung von Anastasia Suvoroff. Regie: Heike Scharpff, Produktionsleitung: Kai Jahns, Dramaturgie: Katja Kettner, Ausstattung: Alexei Fittgen, Musikalische Leitung: Ansgar Tabbert. Unterstützt durch die Stadt Eberswalde, die Amadeu Antonio Stiftung und das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.

nun auch Eberswalde erreicht. Projekte werden so direkt von ihren Fans finanziert, die schon jetzt Gegenleistungen für ihre Spende versprochen bekommen, sei es eine Eintrittskarte mit Erwähnung im Programmheft oder ein Whiskyabend mit Gott in Mahagonny.

Und wer sich unsere Stadtgründung einfach nur ansehen und mit uns diese feiern will, den erwarten im September drei Abende mit harten Kerlen und Mädchen, die wissen, was sie wollen, bedrohlichen Wirbelstürmen und jeder Menge Punkmusik und einem zünftigen Männerchor.

KAI JAHNS

## Wandertips

### 2. Juni, Sonntag, Führung durch den Schloßpark Freienwalde mit Dr. Reinhardt Schmook

Der Freienwalder Schloßgarten liegt unmittelbar am nordöstlichen Barnimhang. Seine für die Mark Brandenburg ungewöhnliche Berglage bietet weite Fernsichten in die Umgebung. Er wurde 1792 vor dem Berliner Tor auf dem so genannten Apothekerberg für Königin Friederike Luise von Preußen angelegt. Es entstand ein Landschaftsgarten im romantisch-sentimentalen Zeitgeschmack mit verschlungenen Wegen und malerischen Baumgruppen sowie Ruinen, Grotten, Eremitagen, Strohütten und Borkenhäuschen. Im Laufe der Jahre ist der Park auf Veranlassung der Königin ständig erweitert und abgerundet worden, besonders 1798/99 anlässlich der Erbauung des Schlosses....  
Treff: 13.30 Uhr, Schloß Freienwalde, Rathenaustraße 3, 16259 Bad Freienwalde

### 9. Juni, Sonntag, Brandenburger Landpartie. Spaziergang zum Bauernhof Korn

Von Kanu-Verleih und Touristenformation Wriezen geht es gemütlich auf dem alten Deich durch die herrliche Landschaft an der alten Oder. Nach 4,5 km wird der Bauernhof Korn ([www.bauernhof-korn.de](http://www.bauernhof-korn.de)) in Neugaul erreicht, wo einige Festivitäten im Rahmen der Brandenburger Landpartie die Gäste erwarten. Zurück geht es gemütlich mit einer Kutsche (2 Euro) auf Kremsferfahrt vorbei an Moorlöchern zum Ausgangspunkt Kanu-Verleih. Natürlich kann auch zurück gewandert werden. Wanderleiterin: Corinna Gerber. Treff: 14 Uhr Kanuverleih Wriezen, Am Hafen 1.

### 16. Juni, Durch den Wald der 1000 Augen zum Baasee – Sagenhafte Wanderung -

Nach der Einführung am Brunnen und Brunnenkirchhof geht es mit Wolfgang Bülow durch das Brunnental bis zum Teller und danach hinab in den Wald der 1000 Augen und in die dunkle Schlucht am Kesselmoor, wo die Wilde Jagd die Nacht erwartet. Bei den Riesenlebensbäumen, wo es wieder etwas heller wird, erwartet die Teilnehmer am Ilsetempel die Baasee-Sage. Vorbei an Brandenburgs höchstem Baum geht zur Waldschänke, wo Wirt Mirko Schluchter mit Wilden Würsten, Kuchen und anderen Leckereien aufwartet (ca. 12.30 Uhr). Die gesamte Wanderstrecke beträgt 12 km, 3 km/h Wandergeschwindigkeit. Treff: 10.30 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundbrunnenstraße 33, 16259 Bad Freienwalde. (Anmeldung jeweils unter 03344/333200). **BERND MÜLLER**

## 20.000 Wandergäste

Eigentlich konnte der Termin nicht besser kommen. Herrlicher Sonnenschein, blauer Himmel und eine romantische Wanderstrecke.

Bei der 15 km Wanderung mit Volker Nagel am vergangenen Sonntag konnte der Verein »Die NaturFreunde Deutschlands Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.« den 20.000. Teilnehmer an den Veranstaltungen seit dem 4. Mai 2002 begrüßen. Die »Inselwanderung am Teufelsauge« war die 1.021. Veranstaltung, die Bernd Müller seit 2002 organisiert und anfangs selbst geführt hat. »Das macht schon ein wenig stolz«, so sein Resümee.

An der sonntäglichen Tour waren nur 9 Wanderfreunde beteiligt, so daß es Bernd Müller nicht schwer fiel, den 20.000. Gast zu benennen. Es war Christina Fuhrmann aus Panketal bei Berlin, welche gemeinsam mit Ehemann Guntram und Tochter Antonia bereits einige Wanderungen mit den NaturFreunden absolviert hatte. Bereits nach der telefonischen Anmeldung kam die Rückmeldung, das sie bei Teilnahme die 20.000. Teilnehmerin ist.

Außer einer Urkunde gab es für sie noch das tolle Wanderbuch »Wanderwege rund um Bad Freienwalde« von Klaus Schluchter, die aktuelle Wanderkarte von Bad Freienwalde und Umgebung inklusive Begleitheft, eine spezielle Wanderkarte für eine Baaseewanderung und für Tochter Antonia das Plüschmurmeltier »Murmelmel« von den NaturFreunden Österreich.



»Mit dem Preis werden Fuhrmanns sicher animiert, noch öfter unsere herrliche Region zu besuchen«, so Bernd Müller vom Verein.

Der 25.000. Besucher erhält wieder einen Sack voller Geschenke und eine Urkunde, versprach Bernd Müller am Schluß noch augenzwinkernd.

Die NaturFreunde Deutschlands  
Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.

## Veranstaltungen der Buchhandlung Mahler

**6. September, 19 Uhr:** Lesung & Konzert  
Angelika Mann singt und erzählt aus ihrem Leben  
»Was treibt mich nur«.

Das Team der Buchhandlung Mahler

**Sommeranfangsfest und 20 Jahre »altenhofer kulturkreis e.V.«**

Samstag den 29.06.2013 · Ab 20 Uhr: **Konzert und Tanz mit »IRIS Gleichen«**

Die Veranstaltung findet in Altenhof am Werbellinsee am Bootshaus »Am Breten« statt. Bei schlechtem Wetter bitten wir ins Bootshaus an der EJB.

GÜNTER LANDMANN

www.myspace.com/irisgleichen  
www.altenhofer-liersommer.de oder www.facebook.com/AltenhoferLiedersommer

**Der Tod kommt scheinchenweise**

Wurst zu essen erhöht das Sterberisiko. Wer mehr als 40 Gramm Wurst am Tag zu sich nimmt, muß sterben. Das fanden Wissenschaftler der Universität Zürich heraus. Über 95 Prozent aller Menschen, die in den vergangenen drei Jahren gestorben sind, hatten Wurst gegessen.

Ein Blick in die Geschichte unterstützt die These der Wurstwissenschaftler. Die griechischen Götter ernährten sich zum Beispiel von Nektar und Ambrosia, verzichteten aber völlig auf Salami oder Teewurst, daher waren sie unsterblich. Ambrosia-Aufstrich oder Nektarsalami sucht man in den Lebensmittelregalen bislang vergeblich.

Man muß das tödliche Gift übrigens noch nicht mal essen. Auch wer größere Mengen Wurst in der Auslage einer Metzgerei betrachtet oder den Prospekt mit Wurstsonderangeboten eines Discounters berührt, geht ein erhöhtes Sterberisiko ein, wenn auf der Seite mehr als 40 Gramm Wurst abgebildet sind.

Fleisch an sich wirkt nicht sofort tödlich, lebensgefährlich sind alle Formen von verarbeiteten Fleischwaren wie Schinken, Salami oder Möppkenbrot. Je verarbeiteter, desto tödlicher. Wurst in Scheiben müßte eigentlich waffen-scheinpflichtig werden.

Als harmlos stuften die Schweizer Wissenschaftler Gelb- und Fleischwürste ein, die größtenteils Antimaterie, aber kaum Wurst enthalten. Der Verbraucher sollte seine Wurst in jedem Fall vor dem Verzehr gut abwägen, das 41. Gramm ist nach allem, was man bisher weiß, das gefährlichste. Wenn man das raus-schneidet, senkt man sein Sterberisiko um mindestens 41 Prozent.

Dr. ESS

**Öffentliche Rentensprechstunde**

Nächster Termin: Mittwoch, 12. Juni, 10 - 13 Uhr  
Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE  
Volkssolidarität Barnim e.V.

**Tanzcafé im Bahnhofstreff**

Der »Bahnhofstreff« Finow, Bahnhofstr. 32, lädt am Dienstag, 4. Juni, ab 14 Uhr zum nächsten Tanzcafé ein. Die KF-Disco sorgt für Stimmung.

Im Juli und August geht das »Tanzcafé« in Sommerpause, um dann am 3. September wieder durchzustarten.

Die ebenfalls im Objekt ansässige ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Donnerstag Angebote aus Belletristik, Kinder- und Reiseliteratur, und hat bestimmt auch die Urlaubslektüre für Ihre nächste Reise.

ANDREA HOEHNE

Karten und Infos unter »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334/383586

**Spendenübergabe**

In der letzten Mai-Woche wird die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) wieder in ihrem Oberbarnimer Wahlkreis unterwegs sein. Am 28. Mai wird sie dem Verein »für frauen e. V.« für das Frauenhaus Eberswalde einen Spendenscheck i.H.v. 300 Euro übergeben. Hiervon wurden 150 Euro bei einem Kuchenbasar der Seniorengruppe des Stadtverbands und der Bundestagsabgeordneten beim Familienfest am 1. Mai eingenommen. Die restlichen 150 Euro spendete Stüber noch einmal zusätzlich.

Am 29. Mai wird Sabine Stüber Material für die Schultüten der Einschulkinder im evangelischen Gemeindezentrum »Dietrich-Bonhoeffer-Haus« im Brandenburgischen Viertel übergeben. Gleichzeitig überbringt sie den Scheck des Vereins der Bundestagsfraktion, um die Familiensommerfahrt des Gemeindezentrums mit 300 Euro zu unterstützen.

CINDY PANZER

**Barnimer Bürgerpost**

**Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“**

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)
- Ich möchte die Lesergruppe <https://www.facebook.com/groups/bbp.online/> nutzen
- Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

**impressum**

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon/fax:** (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Archive (3), Gramzow, Lindner, Markmann (3), Mierau, Müller, Schult

**drucker:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 23. Mai 2013

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.*

*Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.*

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 20. Juni 2013, 12 Uhr.